

Der Gewerkeverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Hilfs-Direktor).

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl.
unter einer Adresse reist für Nichtmitglieder
der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche
franco an den Verbandsdirektor Rudolf
Rein, N.O., Grafenwälderstr. 29/30, ein-
zuliefern sind. Für Mitglieder 55 Pf. pro
Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement
seitens der Gewerkevereine 25 Pf. pro Exemplar.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlichen
Abonnementpreis: durch die Post bezogen
1 M. —. Unter Kreuzband 1 M. 25 Pf. —
Die Bestellungen für Berlin alle Zeitungs-
Expeditoren, nehmen Bestellungen an.
Extrakte pro Heft: Geschäftsang. 25 Pf.,
Familienang. 15 Pf., Vereinsangelegen-
10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion
u. Exped.: N.O., Grafenwälderstr. 29/30.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 5.

Berlin, 2. Februar 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Unfallversicherung im Jahre 1904. — Die neue englische Arbeiter-
partei und ihr Programm. — Volkswirtschaftliche Kurse für Arbeiter. —
Gefangenentwurf betreffend die Knappschaffvereine. — Wochenchau. — Tätig-
keitsberichte. — Gewerkschaften-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Die Unfallversicherung im Jahre 1904.

Das Reichs-Versicherungsamt hat dem Deutschen Reichstage die Nachweisung der gesamten Rechnungsergebnisse der Berufs-
genossenschaften für 1904 zugehen lassen. Seit dem Bestehen der
reichsgesetzlichen Unfallversicherung betrifft diese Nachweisung für
1904 die 20. Rechnungsperiode. Die Nachweisung erstreckt sich
auf im ganzen 114 Berufsgenossenschaften, davon sind 66 ge-
werbliche und 48 landwirtschaftliche. Es kommen hinzu 503 staat-
liche, provinciale und kommunale Ausführungsbehörden und
14 Versicherungsanstalten, von welchen zwölf den Baugewerk-
Berufsgenossenschaften, eine der Tiefbaugenossenschaft und eine
der See-Berufsgenossenschaft angegliedert sind.

Von diesen Versicherungsträgern bestehen auf Grund
des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes 64 Berufsgenossen-
schaften mit 602039 Betrieben und 7549145 durchschnittlich
Versicherten oder 6674390 Bollarbeiter.

Unter einem Bollarbeiter sind hier 300 Arbeitstage ver-
standen, gleichviel, ob sie von einem oder von mehreren Arbeitern
geleistet sind.

Die 62 staatlichen Ausführungsbehörden hatten durch-
schnittlich 468735 Personen versichert, und weil in den staatlichen
Betrieben meist mehr als 300 Arbeitstage herauskommen, so be-
trägt die rechnerische Zahl der Bollarbeiter 473543.

Auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes für Land-
und Forstwirtschaft bestehen 48 Berufsgenossenschaften mit
4658892 Betrieben mit 11189071 durchschnittlich versicherten
Personen. In den hierzu gehörigen 52 staatlichen Ausführungs-
behörden gab es 234391 durchschnittlich versicherte Personen, die
aber wohl zum großen Teile nur vorübergehend beschäftigt
wurden, denn rechnerisch sind hier nur 69978 Bollarbeiter ver-
zeichnet.

Auf Grund des Bau-Unfallversicherungsgesetzes be-
steht eine Berufsgenossenschaft mit 15759 Betrieben und 231550
durchschnittlich Versicherten bezw. 131886 Bollarbeitern. Hier-
nach ist anzunehmen, daß die durchschnittliche Beschäftigungsdauer
dieser Arbeiter nur 200 Tage im Jahre beträgt. Die zur Bau-
unfallversicherung gehörenden 73 staatlichen Ausführungsbehörden
hatten 46597 durchschnittlich Versicherte oder 30589 Bollarbeiter.
Die ebenfalls hierzu gehörigen 304 kommunalen Ausführungs-
behörden hatten 87450 durchschnittlich Versicherte oder 53313 Boll-
arbeiter zu verrechnen.

In den 13 Versicherungsanstalten gab es 77718 Boll-
arbeiter.

Auf Grund des See-Unfallversicherungsgesetzes besteht
eine Berufsgenossenschaft mit 1651 Betrieben und 68425 durch-
schnittlich Versicherten oder 62220 Bollarbeitern. In dieser
unfallversicherung gehören 12 staatliche Ausführungsbehörden
mit 671 durchschnittlich Versicherten oder 597 Bollarbeitern.

Im Vergleich mit dem vorhergegangenen Jahre 1903 hat
die Zahl der Betriebe wie auch der versicherten Personen durch-
weg zugenommen. Im Jahre 1904 waren bei allen Berufs-
genossenschaften und Ausführungsbehörden zusammen 19876025

Personen gegen die Folgen von Betriebsunfällen versichert. Diese
Zahl ist um etwa 1 1/2 Millionen Personen, die gleichzeitig in
gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind,
also doppelt gezählt wurden, zu fügen. Die Zahl der ver-
sicherten Personen betrug daher im Jahre 1904 im ganzen
18376025. An Unfallentschädigung sind 1904 von allen
Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden zusammen
126641740,46 M. bezahlt worden. In 2945 Fällen, in
welchen die Rente bis 15 pCt. betrug, haben Abfindungen statt-
gefunden, für welche 1041243,96 M. zu zahlen waren.
767 Verletzte haben im Rechnungsjahre wegen Hilflosigkeit
eine höhere Rente als 66 2/3 pCt. ihres Jahres-Arbeitsverdienstes
(die gesetzliche Vollrente) bezogen. Auf jeden Tag im Jahre
1904 entfiel eine Summe von 348800 M. an Renten
für Verletzte bezw. Hinterbliebene.

Die Zahl der neuen Unfälle, für welche 1904 zum
ersten Male Entschädigung gezahlt wurde, ist auf 137673
angewachsen. Im Jahre 1903 betrug diese Ziffer nur 129375.
Das sind furchtbare Zahlen, zumal darin enthalten sind auch
8752 Unfälle, die den Tod sofort oder in naher Folge
herbeiführten. Die Zahl der tödlich Verletzten ist eben-
falls gewachsen, denn in 1903 betrug sie 8370. Außerdem
hatten 1604 Unfälle eine mutmaßlich dauernde Er-
werbsunfähigkeit der Verletzten zur Folge. Die 1904 auf
dem Schlachtfelde der Arbeit getöteten 8752 Personen hatten
19100 Hinterbliebene, an welche 1904 zum ersten Male eine
Rente gezahlt wurde. Darunter befinden sich 6151 Witwen
(Witwer), 12613 Kinder (Enkel) und 336 Verwandte der auf-
steigenden Linie.

Die Anzahl sämtlicher zur Anmeldung gelangter Unfälle be-
trug 583965. Gegen das Jahr 1903 ist diese Zahl um mehr
als 50000 gestiegen. Natürlich haben nicht alle diese Unfälle
eine Entschädigungspflicht zur Folge, da der größere Teil inner-
halb der ersten 13 Wochen, für welche die Krankenversicherung
aufkommen muß, schon geheilt wird.

Die Summe der der Beitragsberechnung zugrunde gelegten
Löhne, die sich allerdings mit den wirklich verdienten Löhnen
nicht deckt, stellt sich bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften
auf 6538304011 M. Diese Lohnsumme wurde verrechnet für
7849120 durchschnittlich versicherte Personen oder 6868496
Bollarbeiter. Für die landwirtschaftlichen Berufsgenossen-
schaften ist eine Nachweisung der Lohnbeträge nicht aufgenommen
worden.

Vergleicht man die Unfallgefahren in den einzelnen
Gewerbegruppen, so zeigt sich ein sehr erheblicher Unterschied. Die
meisten Unfälle kommen vor im Bergbau mit 15,46 auf
1000 Bollarbeitern. Dann folgen die Binnenschifffahrt mit
15,02, die Stetndrücke mit 14,83, das Fuhrwesen mit 14,31,
die Holzindustrie mit 12,68, die Müllerei, Brauerei und
Mälzerei mit 12,39, das Baugesetz mit 11,70 und die Eisen-
und Stahlindustrie mit 11,25. Die wenigsten Unfälle kommen
vor in der Textilindustrie mit 3,00, in der Leder- und Be-
kleidungsindustrie mit 3,93, in der Papier- und Buch-
druckindustrie mit 4,57 und in der Nahrungsmittel und
Fleischerei einschließlich Labakindustrie mit 5,07 pro 1000 Boll-
arbeiter.

Die Zahlen reden eine ernste Sprache zu allen Unternehmern
und Arbeitern. So hoch die Leistungen der Unfallversicherung

bei Säubert. Tätigkeitsberichte. Bericht der Kombinierten. — **Fabrik- und Handarbeiter II.** Ab. 9 Uhr. Gräfehr. 24 bei Grauwinkel. T.-D. daselbst. — **Graphische Berufe u. Maler I.** Ab. 8 1/2 Uhr im Köpferstr. Hof. Köpferstr. — **Donnerstag, 1. Februar.** **Graphische Berufe II.** Restaurant, Johannistich 3. — **Maschinenbau und Metallarbeiter X.** Sonntabend, d. 27. Januar, abds. 8 1/2 Uhr, Verj. Stallgerstr. 82. T.-D.: Vortrag des Herrn P. Gauy. Verschiedenes.

Friedrichsberg, Maschinenbau und Metallarbeiter. Sonntabend, 27. Januar, ab. 8 1/2 Uhr bei Bischof, Frankfurter Allee 165. Vortrag des Kollegen E. Klavon über: Theorie und Praxis in der Arbeiterbewegung. — **Dortmund, Hausdiener S.-D.** Sonntag, 28. Januar, nachm. 4 Uhr, im Lokal des Herrn Grämehr. „Zum Kloster“, Monatsberf. — **Röln a. Rh. Graphische Berufe und Maler.** Sonntag, 4. Februar, vorm. 11 Uhr, im Lokal Jörg, Pfaffenstraße, Ecke Jacobstraße. Wichtige Tagesordnung und Vortrag daselbst.

Orts- und Medizinalverbände.

Stettin (Diskussionsklub der Deutschen Gewerbetreie für Stettin und Umgegend). Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Sitzung bei Frau v. Stettin, Bultenstr. 22. (Gäste stets willkommen). — **Norddeutscher Ausbreitungsverband (Stettin).** Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis

10 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Hesse, Stettin, Reuestr. Nr. 2, Diskussionsabend. Gäste stets willkommen. — **Dessau-Nachau-Magazin.** (Ortsverband.) Sonntag, 28. Januar, nachm. 4 Uhr, im Rest. „Wolfschlucht“, Dessau. T.-D.: Tätigkeits- und Kassenbericht. Ausschusswahl. Bericht über die Gewerbetreieauswahl. Wahl einer Preiskommission. Verschiedenes. — **Leipzig.** (Ortsverband.) Sonntag, 28. Januar, vorm. 11 Uhr, Restaur. „Schloßhof“, Gewerbetreieversammlung. Vortrag des Herrn Dr. J. Kahn. Dresden über „Zweck und Ziele des Sächsischen Ausbreitungsverbandes“. Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen von Leipzig und Umgegend wird gebeten. Mittwoch, 31. Januar, abds. 1/2 Uhr, Restaur. „Schloßhof“, Vertreterversammlung mit Neuwahl des Gesamt-Vorstandes. Diskussionsklub jeden Dienstag, abds. 1/2 Uhr, im Restaur. „Schloßhof“. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten. — **Oberhausen a. Rhg.** (Ortsverband.) Sonntag, 4. Februar, vorm. 11 Uhr, bei Wirt De Boel, Oberhausen, Stöckmannstraße. T.-D.: Tätigkeitsbericht, Kassenbericht u. Diskussionsklub. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. — **Leuchera.** (Ortsverband.) Sonntag 4. Februar im Gasthause zu Schortau. T.-D. daselbst. — **Erzgebirgischer Ortsverband.** Sonntag, 11. Februar, nachm. 3 Uhr, im Schlottau im Hotel zum weißen Kopf. T.-D.: Protokoll und Kassenverhältnisse. Geschäftliches. Wünsche und Anträge. Freie Diskussion. Um zahlreiches Besuch wird gebeten.

Anzeigen=Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerbetreie.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Bestschrift zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl Hahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.
Verbandstagsprotokoll von Hannover. Preis 50 Pfg.
Zeitschriften zum Gewerbetreiegesetz von Dr. Max Hirsch Preis 30 Pfg.
Begehrter durch die Unfallversicherungsgeetze von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg.
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pfg.
Fragebuchein zum Invaliden-Versicherungsgeetze von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg.
Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch 160x230 mm. Preis 30 Pfg.
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerbetreie. — **Bestschrift zum 25-jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerbetreie (Hirsch-Dunder)** von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.
Volks-Wirtschaftslehre von Dr. E. J. H. u. s. Preis 80 Pfg.
Tätigkeit und Entwicklung der Deutschen Gewerbetreie (Hirsch-Dunder). Bericht an den Verbandstag von Karl Goldschmidt. Gratis.
Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2 Referate von E. Winter-Berlin und H. Berndt-Dresden. Gratis.
Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2 Referate von Karl Goldschmidt-Berlin und Johann Dornblüth-Bromberg. Gratis.
 tariffverträge und Koalitionsfreiheit. 2 Referate von Karl Hahn-Burg und J. D. Käser-Nürnberg. Gratis.
Arbeiterschutz, insbesondere Maximalarbeitstag, vom Standpunkte der Deutschen Gewerbetreie von Dr. Max Hirsch. Preis 20 Pfg.
Die Deutschen Gewerbetreie, die Besserung der Arbeitsverhältnisse u. die Sozialpolitik von Dr. Max Hirsch. Gratis.
Muster zu Anträgen, Klagen und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.
 Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
 Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassier **Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/22.**
Das Bureau des Centralrats.
Rudolf Klein.

Heimarbeit-Ausstellung.

In Gemeinschaft mit dem „Berein für Sozialpolitik“ veranstalten die Gewerkschaften, Hirsch-Dunder'schen und Christlichen Gewerbetreie in der alten Kunst-Akademie, Unter den Linden 38, von Mitte Januar bis Ende Februar eine

Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit.

Für alle Gewerbetreie, wie überhaupt für die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, ist der Eintritt **kostenfrei!** Alle übrigen Besucher bezahlen ein Eintrittsgeld von 25 Pfennig. Die Ausstellung ist von 10 morgens bis 9 Uhr abends, auch **Samstags**, geöffnet.

Wir fordern unsere Verbandsgenossen und -Genossinnen von Berlin und Umgegend auf, die Ausstellung zu besuchen und gründlich zu studieren. Für den Eintritt legitimiert das Mitgliedsbuch.

Das Bureau des Centralrats.

Patentbureau

Paul Hayes, Ingenieur
Halle a. S.
 Patentanmeldung einschl.
 Prüfungsgebühr M. 65.
 Gebrauchsmusteranmeldung
 einschl. 3-jähriger Gebühr M. 80.
Verwertung guter Schutzrechte
 wird mit Erfolg durchgeführt.

Verbandskassier
 der
Deutschen Gewerbetreie
 Berlin N.O.,
 Greifswalderstraße 221/22.

Treffpunkt aller Gewerbetreie-
 folgen an den Abenden und
 an jedem Sonntag
 Prachtige Feste, große Restauration
 mit vorzüglicher Küche, vier Kegelbahnen.
 Alles den Anforderungen der Neuzeit
 entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung
 von Versammlungen, Sitzungen, Winter-
 vergnügungen jeder Art allen Orts-
 treie und Mitgliedern bestens em-
 pfelnd, ladet zum Besuch freundlichst
 ein
Carl Berndt, Detonm.

Der Gewerkeverein

Jahrgang 1905

auf feinem Papier gedruckt,
 dauerhaft gebunden, für Ver-
 bandsbibliothek und Vereins-
 bibliothek 3.50, sonst 6 Mk.
 NB Frühere Jahrgänge
 werden zu denselben Preisen
 abgegeben.

Verbandsbureau:
 Berlin N.O.,
 Greifswalderstr. 221/22.

Geldsendungen
 nur an Verbandskassier
R. Klein,
 Berlin N.O.,
 Greifswalderstr. 221/22.

ausägerei

Kerbsägerei, Holzbräu-
waseret liefert am billigsten
 sämtl. Werts, Borl., Holz u.
J. Wendel, Maxdorf 86 Pfgl.
 Reichl. über 2000 Abbildg. für
 40 Pfg. in Briefen. Jährl.
 = **Leistungsbuch** =
 per em von 1 Mark an

Wältheim (Nahr) (Ortsverband).
 Durchreisende Kollegen erhalten Ber-
 pflegung-Unterstützung beim Kollegen
Heinrich Roth, Charlottenstr. 86.

so der einzige ausgesprochene Marxist Hyndman, sind dann auch durch Stimmeneinstimmung der Gewerksvereine flüchtig unterlegen. Das politische Programm der neuen englischen Arbeiterpartei, soweit es von berufener Seite flüchtig worden ist, deutet sich viel mehr noch mit den Anschauungen der Deutschen Gewerksvereine.

Volkswirtschaftliche Kurse für Arbeiter.

Je größer die deutsche Arbeiterbewegung wird, umso mehr wachsen ihre Aufgaben. Umso besser überlegt und vorbereitet muß sie sich auch den bisherigen Aufgaben widmen. Die Führer müssen einen weiten Blick beweisen, die gestiegenen Anforderungen an die Opferwilligkeit der Mitglieder erfordern ein vertieftes Eindringen in das Problem der Arbeiterbewegung. Immer neue Kräfte wachsen heran, die neu geschult werden müssen. Und die Älteren bemühen sich, den gesteigerten Anforderungen gerecht zu werden. Es ist wie ein Menschenstrom auf einer Treppe. Immer neue drängen heran, treten auf die unteren Stufen und arbeiten sich hoch, und je mehr den oberen Nachwuchs erreicht, umso mehr können sich „Arbeiter im Weinberg“ verbreiten, Neuland zu bearbeiten. Für die Heranbildung jüngerer Kräfte muß also alles geschaffen, sie sind die Hoffnung unserer Zukunft. Der Zentralrat hat für Berlin volkswirtschaftliche Vorlesungen eingerichtet, die dem genannten Zwecke entsprechen. In der Provinz sind solche Gelegenheiten nicht geboten. Wir müssen uns also selber helfen, denn vorwärts müssen auch wir, um alle Erfahrung und alles Wissen der Neuzeit zunutze machen. Nach den Erfahrungen, die besonders von den christlichen Gewerkschaften gemacht sind, geschieht die Heranbildung geeigneter Organisationsmitarbeiter am besten in volkswirtschaftlichen Kursen. Die geeigneten Arbeiter kommen auf einige Wochen aus ihrem Arbeitsverhältnis heraus, haben Gelegenheit zum Lernen und können das Gehörte nachher in ihrer Heimat ihren Mitkollegen weitergeben, werden sich organisatorisch und agitatorisch betätigen. In Erkenntnis der Sachlage haben sich der süddeutsche und rheinisch-westfälische Ausbreitungsverband vereinigt und halten unter Mitwirkung des Instituts für Gemeinwohl in Frankfurt und des Bureaus für Sozialpolitik in Berlin in der Zeit vom 25. Februar bis 7. April in Frankfurt am Main einen volkswirtschaftlichen Kursus von sechs-wöchentlicher Dauer ab. An jedem Tage morgens werden von geeigneten Fachleuten Vorträge gehalten und die Nachmittage und Abende werden mit Diskussionen und Anfertigungen von schriftlichen Arbeiten angefüllt. Eine Reihe der bedeutendsten Autoritäten haben ihre Mitwirkung zugesagt, was vornehmlich der regen Mitarbeit des Sekretärs des sozialen Museums in Frankfurt, Herrn Dr. Cahn, zu danken ist.

Die Vorlesungen beginnen am Montag, 26. Februar und enden am Sonnabend, 7. April. Die Vorlesungen werden in den Vormittagsstunden von 9-11 Uhr gehalten, während in den Nachmittagsstunden von 3-5 Uhr Übungen unternommen und Aufsätze verfaßt werden. Vom 26. Februar bis 1. März doziert Professor Dr. Arndt-Brandsfurt über volkswirtschaftliche Grundbegriffe, vom 2.-5. März Dr. Romberg-Rarkstraße über Gewerbeordnung und Arbeiterlohn. Am 6. März liest Assessor Dr. Luppe über Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, vom 7.-9. März Dr. Cahn-Frankfurt über Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Vom 10.-13. März wird Rechtsanwalt Heilbronn-Frankfurt über Allgemeine Rechtsbegriffe, Mietvertrag, Werkvertrag und über sonstige wichtige Rechtsgebiete sprechen. Am 14. März liest Rechtsanwalt Dr. Einsheimer-Frankfurt über Tarifvertragsrecht. Am 15. und 16. März soll Anthropograph Kischendorfer über die Praxis der Tarifverträge Vorträge halten. Vom 17.-20. März will Dr. Stein-Frankfurt über politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung sprechen. An den nächsten 3 Tagen, vom 21.-23. März wird durch Dr. R. Niehn-Biesbaden das Konsumvereinswesen besprochen werden. Vom 24. bis 28. März hält Dr. v. Biese-Berlin Vorträge über Kartelle und Syndikate und über politische Grundbegriffe. Am 29. und 30. März wird Dr. B. Zimmermann-Berlin über Arbeitsnachweis und Arbeitersekretariate und vom 31. März bis 3. April Fräulein Elise Lüder-Berlin über die Arbeiterinnenfrage Vorträge halten. Am 4. und 5. April liest Pfarrer Traub-Dortmund über Arbeiterbewegung und Weltanschauung. Am 6. und 7. April spricht Wilhelm Weichhauf-Berlin über Geschäftliches aus den Deutschen Gewerksvereinen.

Jeder sieht aus dem Programm, welche wichtige Gebiete ihre Behandlung finden und die Zeit von sechs Wochen dürfte genügen, um eine gewisse notwendige Vertiefung zu erreichen. Die Teilnahme am Kursus an sich ist natürlich kostenlos. Die Kosten des Aufenthalts in Frankfurt dürften pro Woche 30 Mk. nicht übersteigen. Davon zahlen die Veranstalter jedem Teilnehmer 20 Mk. pro Woche und die restlichen 10 Mk. werden wohl die Ortsvereine wie auch die Generalräte aufbringen. Besonders unberühmten jüngeren Kollegen kann unter diesen Umständen die Teilnahme nicht schwer fallen, da sie nicht so sehr an ihrer heutigen Arbeitsstelle gebunden sind. Obwohl natürlich Teilnehmer aus den Gebieten der verankerten Verbände bevorzugt werden, können doch auch unter denselben Bedingungen einige Gewerksvereine aus den anderen Teilen Deutschlands teilnehmen. Nur müssen sich selbe dann bald entschließen und ihre Anmeldung an den Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungsverband Düsseldorf, Zimmermannstr. 41 gelangen lassen. Drum also auf zur Arbeit. Der Nähe Preis wird nicht ausbleiben.

A. Erkelenz.

Gesekentwurf betreffend die Knappschaftsvereine.

(Abänderung des Siebenten Titels im Allgemeinen Berggesetz vom 24. Juni 1865).

Rede unseres Verbandsredakteurs Abg. Goldschmidt am 22. Januar 1906 im Preussischen Abgeordnetenhaus.

Goldschmidt, Abgeordneter (freil. U. P.): Meine Herren, meine Freunde und ich begrüßen den Gesekentwurf mit aufrichtiger Genugtuung. Wir bedauern aber, daß er gar so spät an das Haus gekommen ist. Der gegenwärtige Entwurf in den Einrichtungen und Bestimmungen der einzelnen Knappschaftsvereine mit allen seinen Nachteilen für die Mitglieder ist auf das lange Säumen, die längst notwendig gewordenen Gesetzesänderungen zu betreiben, zurückzuführen. Wir haben es ebenfalls an eifrigen Ermahnungen, mit einer Neuordnung vorzugehen, nicht fehlen lassen. Inwiefern ich aber der königlichen Staatsregierung die Anerkennung nicht verweigern, daß sie den nun vorliegenden Gesekentwurf gut vorbereitet hat, ein Verdienst, das im wesentlichen wohl dem vormaligen Herrn Minister für Handel und Gewerbe, v. Müller, zufällt. Auch erkenne ich an, daß der neue Minister bereits tief in diese schwierigen Fragen eingedrungen ist und die Bedeutung der ganzen Sache durch eine einleitende Rede hervorgehoben hat.

In den bisherigen Neuerungen zu der Gesetzesvorlage ist insbesondere das geheime Wahlrecht bemängelt worden. Es haben sowohl die Vertreter der Konservativen und Freikonservativen wie auch der Reformer der Nationalliberalen sich gegen die Einführung der geheimen Wahl für die Knappschaftsältesten ausgesprochen. Die Herren berufen sich darauf, daß ja gegenwärtig die geheime Wahl in einem Teil der Knappschaftsvereine bestünde, und dort solle sie auch nicht wieder abgeschafft werden. Wir, meine Herren, legen aber großes Gewicht darauf, daß in der Vorlage die obligatorische Einführung der geheimen Wahl vorgesehen ist, weil wir wünschen, daß die Mitglieder der Knappschaftskassen in der Lage sein sollen, vollkommen frei und unabhängig diejenigen Vertreter zu wählen, von denen sie glauben, daß sie sachlich ruhig, aber bestimmt und energisch die Wünsche der Arbeiter zur Geltung bringen. Wenn die Wahlen öffentlich sind, dann, meine Herren, — das haben wir allerdings auch in den hierfür in Betracht kommenden Knappschaftsvereinen erlebt — kommen Wahlen zustande, wie sie den Werksbesitzern in der Regel sehr genehm sind; solche Wahlen aber rufen Beunruhigung in der Arbeiterschaft hervor. Es ist dringend wünschenswert, daß durch die geheimen Wahlen das Ventil der Beunruhigung geöffnet wird, daß die Arbeiter in der Lage sind, durch die Wahl die ihnen richtig erscheinenden Männer an die rechte Stelle zu setzen, damit sie selbst darüber ruhig sein können, ob nun auch ihre Wünsche in gehöriger Form zum Vortrag kommen.

Die fakultative Einführung der geheimen Wahl hat keine besondere Wirkung gehabt. In der Begründung beigegebenen Anlage IV ist für jeden einzelnen preussischen Knappschaftsverein genau angegeben, wie das Wahlverfahren bei ihm gehandhabt wird. Ich habe diese Uebersicht genau durchgesehen und gefunden, daß von den 72 Knappschaftsvereinen nur 12 die Stimmzettelmahl, also die geheime Wahl haben (hört, hört! links und im Zentrum); das ferner drei mit Stimmzetteln wählen, wenn gegen die Affirmation Widerspruch erhoben wird, daß aber alle die übrigen 57 Knappschaftsvereine es bei der öffentlichen Stimmabgabe belassen haben, obgleich fakultativ geheime Abstimmung zulässig war. Das, meine Herren, glaube ich, mußte uns doch überzeugen, daß es so nicht bleiben kann, daß wir vielmehr, insbesondere aus den Gründen, die ich angeführt habe, dazu übergehen müssen, die geheime Wahl obligatorisch einzuführen.

Nun hat Herr Kollege Hilb allerdings gesagt, daß, seitdem die geheime Wahl in dem Allgemeinen Knappschaftsverein in Westfalen besteht, die Zustände fast unerträglich geworden seien; er hat sogar davon erzählt, daß oft nicht einmal mehr Beschlüsse zustande kämen. Es wäre mir lieb gewesen, wenn der Herr Kollege Hilb die Güte gehabt hätte, an der Hand von bestimmten Tatsachen den Beweis für seine Behauptung zu erbringen. Ich möchte hier feststellen, daß nach meinen Informationen — und die können doch auch einigermaßen zuverlässig zu sein — dieser von Herrn Kollegen Hilb erwähnte Fall nur ein einziges mal vorgekommen ist (hört, hört! links und im Zentrum). Dieser Fall lag so, daß den Knappschaftsältesten angetraut wurde, den Etat in Hauch und Bogen anzunehmen. (hört, hört! links und im Zentrum.) Herr Kollege Hilb, wenn Ihnen die königliche Staatsregierung zumuten wollte, den Etat, der uns hier vorgelegt wird, in Hauch und Bogen anzunehmen, dann würden Sie genau so rekonstruieren, wie die Knappschaftsältesten es getan haben. (Sehr richtig! links.)

Wir begrüßen es, daß in der Vorlage auch vorgesehen ist die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die besonderen Krankenassen, welche für die Aufgaben der Krankenversicherung innerhalb der einzelnen Knappschaftsvereine errichtet sind. Daraus berechtigt und notwendig ist ferner die Erweiterung der Verwaltungsberechtigungen der Mitglieder durch die vorgezeichnete Mitwirkung der Generalversammlung, deren Befugnisse aber noch zu erweitern sind. Mindestens muß die Aufstellung des Etats und die Erteilung der Entlastung des Vorstandes der Generalversammlung vorbehalten bleiben. Abgesehen davon, daß das Staatsrecht ein wichtiges Stück der Selbstverwaltung ist, wird seine Handhabung durch die Generalversammlung das Gelingen der Kasse fördern, weil sie das Interesse der Mitglieder an ihrem Gelingen lebhafter gestaltet. Was entgegen dieser Auffassung in der Begründung der königlichen Staatsregierung steht, daß in solchen Generalversammlungen unter Umständen einige hundert Mitglieder mit zu entscheiden hätten und, daß das praktisch nicht ausführbar sei, auch zu viel Kosten verursache u. s. w., kann ich nicht gelten lassen. Generalversammlungen von einigen hundert Mitgliedern sind doch entscheidungsfähig. Wenn wir hier im Hause alle vollständig sind, sind wir ja alle Tage eine Generalversammlung von 433 Mitgliedern, ohne daß wir uns je darum gekümmert, daß deswegen die ordnungsmäßige Erledigung der uns gestellten Aufgaben nicht möglich sein oder daß es zu viel Kosten kostete. Den Grund der Staatsregierung können wir also nicht gelten lassen.

Wir billigen den Beitrittszwang der Arbeiter und Beamten mit einem Einkommen bis zu 2000 Mk. Es fehlt aber an einer Bestimmung, was geschehen soll, wenn j. B. der Beamte in eine höhere Gehaltsstufe rückt.

auch anzuerkennen sind, denn kein anderes Land der Welt kommt hierin Deutschland gleich, so ist doch unendlich wichtiger die Verhütung von Unfällen. Leben und Gesundheit sind höhere Güter, als sie in den materiellen Leistungen der Unfallversicherung zum Ausdruck kommen. Unternehmer und Arbeiter müssen es sich daher immer mehr zur höchsten Pflicht machen, Unfälle nach Möglichkeit zu verhüten. Die Unternehmer können dies tun durch die Anbringung von Schutzvorrichtungen u. s. w., die Arbeiter durch erhöhte Aufmerksamkeit. Was insbesondere auf jenem Gebiete geleistet werden kann, dafür legt die Ausstellung für Unfallverhütung in Charlottenburg vielfältiges Zeugnis ab. Die Berufsge nossenschaften könnten sich ein hohes Verdienst erwerben, wenn sie derartige Ausstellungen an allen Hauptplätzen Deutschlands errichten wollten, damit Ingenieure und Arbeiter den Kreis ihrer Kenntnisse auf diesem so unendlich wichtigen Boden durch praktischen Anschauungsunterricht dauernd erweitern können.

Die neue englische Arbeiterpartei und ihr Programm.

Wie aus dem Boden gestampft ist plötzlich bei den im Gange befindlichen englischen Parlamentswahlen eine englische Arbeiterpartei entstanden. Damit tritt der englische Parlamentarismus in ein neues Stadium seiner Geschichte. Selbst konservative Blätter geben zu, daß sie die neue Partei für wurdeleht halten.

Die Agitation für die Arbeiterkandidaten zu den Parlamentswahlen lag diesmal in den Händen des Ausschusses der Arbeitervertretung (Labour Representation Committee). Der Ausschuss war 1899 auf Grund eines Beschlusses des Gewerkerkongresses gebildet worden. Sein Zweck ist kurz gesagt, im Unterhaus des englischen Parlaments eine Arbeiterpartei zu schaffen, deren Wahl und Unterhalt von der Arbeiterschaft bestritten werden. Die Mitglieder der Arbeiterpartei verpflichten sich, sich von den bürgerlichen Parteien, sowohl den Liberalen wie den Konservativen, unabhängig zu stellen. Das Ergebnis der Parlamentswahlen im Jahre 1900 war die Wahl von nur 2 Arbeiterkandidaten, die ihre Unterschrift unter die Unabhängigkeitserklärung von den bürgerlichen Parteien (Revers) setzten.

Diese scheint der neuen Partei nämlich als der Kernpunkt ihres Programms zu gelten. Die Unterzeichner waren Richard Bell und Keir Hardie. Die 1900 entstandene Fraktion der beiden „Männer“ wurde nirgends beachtet und kaum in den Zeitungen aus Kuriosität erwähnt. Bei den Parlamentsnachwahlen 1900—1905 wuchs das Fraktionschen, was auch kaum bemerkt wurde, auf 5 an. Zu den jetzigen Parlamentswahlen stellte der Arbeitervertretungsausschuss 50 Kandidaten auf, von denen bis heute 42 gewählt sind. Bei den 670 Abgeordneten des Unterhauses will diese Zahl als Menge zwar nichts bedeuten. Beachtung erzwingt aber das rasche Wachstum der jungen Partei und ihre außerordentlich günstigen Aussichten für die Zukunft.

Unter diesen Umständen ist es sehr interessant, was der Sekretär des Arbeitervertretungsausschusses, Mac Donald, einem Vertreter der konservativen Londoner Morning Post über die neue Partei und ihr Programm mitgeteilt hat. Die Unterredung fand am 20. Januar statt, an welchem Tage bereits 23 Arbeiterkandidaten gewählt waren.

„Betrachten Sie diese Zahl als einen befriedigenden Erfolg?“ wurde Mac Donald gefragt.

„O“, erwiderte er, „ich möchte sagen: vollständig zufriedenstellend. Tatsächlich ist es schon mehr als wir erwarteten.“

Mac Donald sprach dann die Hoffnung aus, bis zum Schlusse der Wahlen würde die Arbeiterpartei vielleicht noch auf 28 Mitglieder wachsen. Inzwischen ist diese Zahl, wie mitgeteilt, bereits auf 42 gestiegen.

Der Sekretär des Arbeitervertretungsausschusses wurde nun darüber befragt, ob er an die Zukunft seiner Partei glaube. — Kein Zweifel. Die Arbeiterpartei hat eine große Zukunft, doch hängt alles davon ab, wie die Partei im Unterhause geführt wird. — Wird Sir Charles Dille der Führer ihrer Partei werden? — Keine Ahnung. Augenblicklich ist überhaupt noch kein Führer gewählt worden. Natürlich wird aber sobald als möglich eine Fraktionsführung stattfinden, um den Vorstehenden und unsere eigenen Einpeisiger (Sekretäre) zu wählen. Unser politisches Programm besteht vorläufig in der vollen Unabhängigkeit von den bürgerlichen Parteien und wir werden von Fall zu Fall entscheiden, welche Stellungnahme der Vorteil der Arbeiterschaft, die uns wählte, erheischt. Wir haben uns auch noch nicht parteiamtlich entschieden, auf welcher Seite des Hauses wir sitzen werden, aber ich hege keinen Zweifel: wir werden auf den Bänken der Opposition Platz nehmen. Die Liberalen haben außerdem soviel Abgeordnete, daß die rechte Seite des Hauses für sie kaum ausreicht.

Mac Donald schrieb den Haupterfolg der Wahlen der strammen Organisation zu, die er bekanntlich durch seine Meisterhand geschaffen hat. Er ist vor einigen Jahren ange stellt worden, um die große Maschine ins Leben zu rufen, die er dann in dem Moment in Bewegung setzte, als die Parlamentswahlen ausgeschrieben wurden. Das Wahlkomitee schleuderte sofort die bereitgehaltenen Wahlflugblätter, Kartakunen, Wahlproschüren unter die Massen, ent sandte eigene Redner, Agitatoren und sonstige Hilfskräfte in die Wahlkreise. Die

Wahlarbeit war nicht übermäßig schwer, weil die riesenhaften und hochentwickelten Organisationen von 165 Gewerksvereinen mit einer Million Mitgliedern dahinter standen. Die Sekretäre und sonstigen Beamten der Gewerksvereine stellten sich bedingungslos zur Verfügung des Wahlausschusses. Jede Fabrik, jede Werkstatt wurde ein Ausgangspunkt für die Propaganda der Arbeit. Die alten Zänkereien zwischen liberalen Arbeitern und konservativen Arbeitern waren vergessen und wurden beiseite gelegt. Diese Tatsachen allein erklären die überraschendsten Siege der neuen Arbeiterpartei.

Mac Donald erklärte es für selbstverständlich, daß überall dort, wo keine Arbeiter kandidierten, Liberale die Arbeiterstimmen erhielten. Unsere Bewegung half den Liberalen und diese halfen uns.

Mac Donald bestätigte auch die alle englischen Konservativen höchst beunruhigenden Beobachtungen, daß die neue Arbeiterpartei im Ramsch die Stimmen aus allen jener Arbeiterbezirken mühelos für sich erlangte, die seit Menschengedenken konservativ gewählt hatten. Das sind hinfort die Hochburgen unserer Partei, meinte Mac Donald. Die konservative Arbeiterschaft wäre sich zum ersten Male ihrer schlummernden Kräfte bemußt geworden und, fragte er, sei es denn so überraschend, daß die konservativen Arbeiter ins Parlament eigene Genossen wählten, von denen sie wußten, daß sie bereit wären, ihnen zu helfen und von denen sie auch wußten, daß sie weder Revolution machen, noch das britische Reich zerstoren würden?

Auf die Frage: „Welche sonstigen Ursachen den Sieg der Arbeiterpartei herbeiführten?“ erteilte Mac Donald die Antwort: Unsere Erziehungsarbeit und die wichtige Tatsache, daß es uns endlich gelangt ist, die Massen der Lohnempfänger davon zu überzeugen, daß wir Gewerksvereiner nützlichere Geschäftsleute sind. Ich glaube auch, daß im ganzen Lande der einfache Mann herzlich überdrüssig des letzten Parlaments geworden ist, nicht weil es konservativ oder weil es schutzblönerisch war, sondern weil ihm der nützlichere Blick des Geschäftsmannes abging. Die meisten unserer Leute haben sich praktisch in der Verwaltung betätigt von Unterstützungskassen, Genossenschaften und anderer Interessensverbände; sie haben gearbeitet in Gemeindeverwaltungen, Armenverwaltungen u. s. w. Jetzt gehen wir ins Parlament als praktische Leute, die praktische Arbeit vor sich bringen wollen.

Welche Stellung würde die Arbeiterpartei zur Regierung einnehmen?

Wir betrachten es durchaus nicht als unsere erste Aufgabe, die neue Regierung anzugreifen. Aber man möge sich erinnern, daß wir völlig frei sind und jederzeit tun und lassen können, was uns beliebt. Von Fall zu Fall werden wir handeln. Wir wissen doch auch nicht, was die Regierung unternehmen wird. Natürlich gibt es Leute im neuen Ministerium, denen wir mißtrauen, so den Herren Asquith und Henry Fowler. Wir bedauern ihre Aufnahme ins Ministerium, aber fürs erste ist unsere Parole: abwarten!

Betrachtet sich die neue Arbeiterpartei als Bahnbrecher oder Pionier der Revolution?

Leute, die so fragen, kennen uns nicht und unsere Absichten. Unsere Politik ist nicht revolutionär! Unsere Arbeiterabgeordneten sind genau so gebildet, klug und gesunde Interesselpolitiker, wie die Liberalen und Konservativen. Unsere Absicht geht jetzt dahin, uns mit den Arbeitern und Demokraten in den Kolonien zu verständigen. Wie müssen Großbritannien vor den Unberpatrioten (Singo classes) unseres eigenen Vaterlandes schützen. Unser Wahlspruch ist: Friede und demokratische Gerechtigkeit! Die nächste Aufgabe der jungen Partei müsse darin bestehen, Klarheit zu bringen in die gesetzliche Behandlung des Streikpostensystems und in die Frage der Fastbarmachung der Gewerksvereinstaffeln in Streitfällen durch Unternehmer.

In der auswärtigen Politik wird die neue Arbeiterpartei, wie Mac Donald ausführte, für den Frieden und friedliche internationalen Verständigung eintreten. Es sei jetzt die beste Gelegenheit dazu, daß England sich an die Spitze der internationalen Abrüstungen stelle. Daß Deutschland in fieberhafter Hast Kriegsschiffe baue, um die englische Seeherrschaft zu vernichten, glaube er nicht. Die endlose Politik, seinen Nachbarn durch Kriegsrüstungen an den Bettelstab zu bringen, müßte über lang oder kurz zum Bankrott führen. Die Arbeiter in Frankreich und Deutschland wollten ebenfalls den Frieden.

Diese Ausführungen unseres englischen Kollegen haben wir noch durch einige Angaben zu ergänzen. Die Rolle des Jünglings an der Wage zu spielen, wird der neuen englischen Arbeiterpartei kaum berräumt sein, denn die englischen Liberalen besitzen bis jetzt von 670 Parlamentssitzen 420 (das heißt 85 mehr als die Hälfte). Die englischen Liberalen werden also in der Lage sein, regieren zu können, ohne den Arbeitern, um ihre Stimmen zu gewinnen, Zugeständnisse machen zu müssen. Der englische Liberalismus wird aber seiner Tradition treu bleiben und mit den Arbeitern praktische Arbeiterpolitik treiben. Sie werden in der neuen Arbeiterpartei den liberalen Gesinnungsgenossen schätzen und würdigen. Im Gegenfatz zum „Vorwärts“ muß bei dieser Gelegenheit besonders hervorgehoben werden, daß die neue englische Arbeiterpartei nicht sozialistisch ist. Die sozialdemokratische Organisation ist vor dem Wahlsfeldzuge offiziell aus dem Arbeitervertretungsausschusse ausgeschlossen. Die sozialdemokratischen Parlamentskandidaten,

Wochenplan.

Berlin, 30. Januar 1906

Ueber den Umfang der Arbeitslosigkeit in den deutschen Gewerkschaften im vierten Quartal 1905 berichtet das letzte Heft des Reichsarbeitsblattes. Nach den Berichten der Berufsvereine waren in den letzten drei Monaten 63 296 Fälle von Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Am 31. Dezember waren 16 407 Mitglieder am Ort und 1454 auf der Reise als arbeitslos gemeldet. Arbeitslosenunterstützung wurde an 22 999 männliche Mitglieder gezahlt, die für 353 547 Tage 486 378,44 Mk. erhielten; von den weiblichen Mitgliedern bezogen 668 für 11 121 Tage 8659,64 Mk. Unterstützung. An der Statistik beteiligten sich diesmal 62 Berufsverbände mit einer Mitgliederzahl von 1 111 000. Bei dem steten Wachstum der Arbeiterorganisationen und der immer höher werdenden Zahl der Arbeitslosenunterstützung zahlenden Vereine wird auch diese Statistik stets wertvoller und umfangreicher. Ueber die in unseren Deutschen Gewerkschaften vorhandenen gewesene Arbeitslosigkeit gibt die nachstehende Tabelle ausführliche Auskunft.

Gewerksverein	Fälle	Unterstützte		Erhielten Markt
		Mitglieder	Tage	
der Maschinenbau- und Metallarbeiter	667	395	6 696	11 638
• Fabrik- und Handarbeiter	202	77	1 701	1 870
• Kaufleute (Handlungsgehilfen)	238	110	3 841	6 147
• Tischler	107	66	1 115	1 684
• Schuhmacher u. Lederarbeiter	79	62	1 029	1 546
• Stuhl- (Textil-)Arbeiter	35	27	521	561
• Schneider	42	16	151	257
• graphische Berufe	75	29	549	558
• Cigarren- und Tabakarbeiter	7	3	36	30
• Lötter	5	5	98	102
• Banhanwerker	73	2	36	36
• Frauen und Mädchen	26	26	484	264
• Bergarbeiter	2	2	78	144
• Bildhauer	27	20	219	219
• Konditoren	17	2	42	32
• Schiffszimmerer	6	6	64	106
Summe:	1 608	848	16 660	25 194

Wenn wir die vierteljährlichen Nachweisungen über den Stand der Arbeitslosigkeit in den Deutschen Gewerkschaften besonders veröffentlicht, so geschah dies, um den Arbeitsmarkt im allgemeinen und die Beschäftigung in den einzelnen Branchen innerhalb unseres Verbandes beobachten zu können. Eine Zusammenstellung der statistischen Ergebnisse des Jahres 1905 in unseren Gewerkschaften zeigt die Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt am deutlichsten.

	Fälle	Unterstützte Mitglieder	Tage	Erhielten Markt
I. Quartal 1905	3682	2704	49 702	65 008
II. Quartal 1905	1737	1124	20 991	36 485
III. Quartal 1905	1321	831	16 145	25 967
IV. Quartal 1905	1608	848	16 660	25 194
Summe:	8348	5507	103 498	152 649

Am größten ist der Kontrast zwischen dem ersten Quartal und dem darauffolgenden. Im zweiten und dritten Quartal sinkt die Zahl der Arbeitslosen ständig, um dann im vierten Quartal wieder allmählich zu steigen. Abgesehen von der Arbeitslosigkeit im Sinne der Statistik waren es insbesondere die vielen großen Arbeitskämpfe mit darauffolgenden Ausperrungen, die das gesamte Wirtschaftsleben sehr beunruhigten. Wir erinnern nur an den Niesenstreik der Bergarbeiter, den Tarifkampf der Weissenfelder Fabrik- und Schuhmacher, die Lohnbewegung in der bayerischen Metallindustrie, die Ausperrung in der Berliner Elektrizitätsindustrie und den Tarifkampf der Thüringer Weber. Es waren dies Bewegungen, wie sie an Zahl und Umfang in Deutschland wohl noch niemals zu verzeichnen waren. Was die Arbeitslosigkeit im allgemeinen anbetrifft, so war das verfloffene Jahr günstiger als das Jahr 1904. „So günstig das Jahr im allgemeinen geschlossen hat“, bemerkt das Reichsarbeitsblatt in seiner Jahresübersicht, „so lassen sich gleich günstige Erwartungen für das Wirtschaftsjahr 1906 nicht ohne weiteres aussprechen, da die Neuregelung der Zollverhältnisse am 1. März 1906 nicht gestattet, sich zurzeit bereits ein Bild von der Gestaltung der Verhältnisse des Arbeitsmarktes nach Inkrafttreten der neuen Handelsverträge zu machen.“

Der Reichstag verhandelte am gestrigen Montag u. a. auch über den Gesetzentwurf zur Aufhebung des Hilfsklassengesetzes. Der Zentrumsabg. Giesberts billigte die Absicht der Vorlage, die Schwindklassen zu beseitigen. Der zur Erreichung dieses Ziels eingeschlagene Weg erweise aber außerordentlich bedenklich und in der

vorgeschlagenen Form überhaupt nicht akzeptabel. Die freien Hilfsklassen empfänden die Vorlage als ein Ausnahmegesetz. Der sozialdemokratische Abg. Vesche erklärte, die Vorlage habe in weiten Kreisen Ueberraschung hervorgerufen, da es doch wichtigere sozialpolitische Arbeiten gäbe, als die Stellung der Hilfsklassen unter das Privatversicherungsgesetz. Mit Aufhebung des Hilfsklassengesetzes sei diesen Klassen der Lebensfaden unterbunden. Solche historisch gewordenen Gebilde sollte man nicht ohne weiteres beseitigen. Gegen die Schwindklassen könnte vielleicht auf Grund des Betrugsparagraphen besser vorgegangen werden. Der Redner beantragte eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Staatssekretär Graf Koschadowsky vertrat die Vorlage durch Hinweis auf den vielfachen Schwindel, den eine Reihe von sogenannten freien Hilfsklassen getrieben habe. So z. B. habe eine Klasse die Bezahlung des Krankengeldes abgelehnt, weil der Kranke vor Eintritt in die Klasse auf seinem Fragebogen ver schwiegen habe, daß er einmal einen Armbruch erlitten hätte. Eine andere Klasse habe die Zahlung abgelehnt, weil der Kranke ver schwiegen habe, daß er einmal auf einer Reise nach Amerika krank gewesen sei. Eine dritte Klasse habe die Bezahlung des Krankengeldes bei Ichias abgelehnt, weil der Kranke auf seinen Fragebogen nicht angegeben habe, daß er sich drei Jahre vorher ein Abführmittel habe verschreiben lassen. Diese Beispiele erregten große Heiterkeit im Reichstage. Der Staatssekretär versicherte von neuem, daß es sich tatsächlich nur um die Schwindklassen handeln solle. Die Befürchtung, daß die Selbstverwaltung der Hilfsklassen beseitigt werde, sei ganz unbegründet. Es solle lediglich eine Instanz gegründet werden, die unsolide Klassen bei Zeiten beseitigen könne. Ueber Verbesserungen der Gesetzesvorlage nach dieser Richtung hin werde die Regierung gern mit sich reden lassen. Eventuell liegen sich in das Gesetz über das Privatversicherungswesen einige nur für die Hilfsklassen geltende Bestimmungen hineinbringen.

Der freisinnige Abg. Dr. Rudgan erklärte, daß seine politischen Freunde in der Ablehnung der Vorlage einig seien. Unsere Gesetzgebung habe leider schon immer die Tendenz der Beseitigung der freien Versicherung gehabt. Mit ein und demselben Gesetz könne man nicht gleichzeitig die Schwindklassen beseitigen und die guten freien Hilfsklassen stützen. Die Innungsklassen müßten beseitigt werden. Dann werde eine neue Blütezeit für die Hilfsklassen, insbesondere in der Form der Zuschußklassen entstehen. Heute geht die Beratung, weiter.

Ein Gesetzentwurf über die Gewährung von Diäten an die Mitglieder des Reichstages soll im Reichsamt des Innern in Ausarbeitung begriffen sein. Um den Reichstag beschlußfähig zu halten, soll den Mitgliedern des Reichstages ein jährliches Pauschquantum von 3000 Mk. zugewiesen werden, wovon in Abzug gebracht werden soll eine bestimmte Summe für die Tage, an welchen der Abgeordnete nicht im Reichstage anwesend ist. Durch das Pauschquantum will man auch eine Abkürzung der Verhandlungen erreichen. Man macht sich hier wohl die Erfahrungen mit fest vereinbarten Akkorden zunutze. Wenn einer Arbeiterkolonne gesagt wird, daß sie so und soviel für die Arbeit bekomme, gleichviel, ob sie die Arbeit in einer Woche oder in sechs Wochen leiste, so wird natürlich angestrengt und rasch gearbeitet. Nach diesem System hofft man auch den Reichstag veranlassen zu können, die 3000 Mk. pro Mitglied recht rasch zu „verdienen“. Diese Art der Diätengewährung will uns nicht besonders sein erscheinen. Wohl gibt es auch in außerdeutschen Parlamenten feste Jahressätze für die Deputierten, so z. B. in Frankreich. Dort beträgt die jährliche Entschädigung 15 000 Franc.

3000 Mk. sind in Berlin im parlamentarischen Verkehr rasch verbräut. Will der Volksvertreter damit auskommen, dann muß der Reichstag im Galopp tempo arbeiten. Für die Gesetzgebung wäre dies ebenso wenig nützlich wie das gegenwärtige System der allzulangen Reden.

Prinz Ludwig von Bayern hatte sich für die Einföhrung des Reichstagswahlrechts auch für die Landtage der Bundesstaaten ausgesprochen. Das wurmt die „Deutsche Tageszeitung“. Der Prinz habe sich tatsächlich und erheblich geirrt wenn er glaube, daß das Reichstagswahlrecht die Stimmung des Volkes richtig wiedergebe. Die Aeußerungen des Prinzen müßten in gewissem Maße für Bayern eine Bedeutung haben, für die übrigen Bundesstaaten nicht. Für die Zweckmäßigkeit des Reichstagswahlrechts habe er neue Argumente auch nicht beigebracht, sondern nur den alten Irrtum ohne neue Begründung wiederholt.

So wird der Prinz von dem agrarischen Organ abgetan. Wie aber würde daselbe Blatt den Prinzen in den Himmel gehoben haben, wenn er etwas gesagt hätte, was ihm besser in seinen Kram passen würde.

Ein Minister, der sich rühmt, die Aufmerksamkeit gefast zu haben, dürfte auch in Preußen noch nicht dagewesen sein. Wir haben schon im „Korrespondenzblatt“ auf diese bedauerliche Tatsache hingewiesen. Es ist der Minister von Roddielski, der vom Abg. Weser im Landtag darauf angefaßt worden war, daß seine Prophezeiung, die Freizügigkeit werde in vier Wochen vorbei sein, sich schlecht erfüllt habe.

In diesem Fall kann er allerdings seine Mitgliedschaft durch Uebernahme des ganzen Beitrags freiwillig fortsetzen. Tut er das nicht, so geht er seiner Beitragsleistung verlustig. Vielleicht lässt sich dann noch eine Bestimmung einschalten, daß in solchen Fällen die eingezahlten Beiträge zur Pensionskasse zurückgezahlt werden.

Das muß natürlich auch gelten gegenüber der anderen Bestimmung, die von der Anerkennungsgeldbeiträge von einer Mark handelt, durch welche das Mitglied, wenn es aus dem, den Beitrittszwang zur Knappschaftskasse vordringenden Arbeitsverhältnis ausgeschieden ist, seine Ansprüche aufrechterhalten kann. Es ist schon darauf hingewiesen, daß diese in verschiedenen großen Knappschaftsvereinen erheblich billiger gemacht worden ist, daß dort Sätze von 50 Pfg. vorgezogen sind. Es kann auch für ein Mitglied die Situation sich so gestalten, daß es nicht in der Lage ist, die 50 Pfg. zu bezahlen. Es kann durch Entlassung arbeitslos sein, es kann unter Umständen in dem Revier, in dem der Knappschaftsverein wirkt, nicht wieder Arbeit bekommen. In der Zeit der Arbeitslosigkeit kann auch der geringste Beitrag nicht geleistet werden. In solchen Fällen aber darf doch ein Arbeiter, der aus dem Knappschaftsverhältnis ausscheidet, nicht um seine sämtlichen Beiträge, die er unter Zwang eingezahlt hat, kommen. Da würde es notwendig sein, zu fordern, daß die Beiträge zurückgezahlt werden.

Die Forderung, daß die Werkbesitzer ebenso, wie die Arbeiter die gleichen Beiträge zahlen sollen, ist hier nicht bemängelt worden. Der Herr Kollege Hilbert hat aber darauf hingewiesen, daß damit den Werkbesitzern größere Lasten auferlegt würden. Für seinen Bezirk bezieht er diese Summe auf 2 Millionen Mark pro Jahr. Ich habe mir einen Ueberschlag über das Ganze gemacht und glaube, daß sämtliche Knappschaftsvereine durch diese Bestimmung ein Mehr von etwa 5 Millionen, das zu Lasten der Werkbesitzer fällt, erleiden wird. Das ist anzuerkennen. Es ist aber vollkommen richtig, wenn in einer Klasse Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen beraten und entscheiden sollen, daß dann auch von beiden Teilen die gleichen Beiträge geleistet werden müssen.

Zu billigen ist ferner die Beseitigung des Systems der „nichtvollberechtigten“ Mitglieder, die zwar auch die Beiträge für die Pensionskassen mit zu leisten hatten, aber keinen Anspruch auf Pension erheben konnten. Die gesonderte Rechnungsführung für die Kranken- und Pensionskassen ist auch aus vielen anderen Gründen durchaus zweckmäßig.

Die übergroße Zahl von Knappschaftsvereinen war ein Uebelstand, der vom Gesetzentwurf bekämpft wird; aber wenn wir uns einmal die Statistik hierüber ansehen, überhaupt die ganze Lage der Knappschaftskassen übersehen, dann, glaube ich, wird der Gesetzentwurf eine größere Veränderung hierin noch nicht herbeiführen können. Im Jahre 1904 waren 650 156 Mitglieder in 72 Knappschaftsvereinen versichert. Nur neun dieser Knappschaftsvereine hatten eine Mitgliederzahl von mehr als 10 000; die übrigen 63 hatten weniger, zum Teil ging die Mitgliederzahl auf 100 oder unter 100 zurück.

Nun hat der Abgeordnete Dr. Wagner gemeint, auch diese kleinen Zweigklassen könnten sehr wohl leistungsfähig sein und bleiben. (Abgeordneter Dr. Wagner: Krankenkassen!) Als Krankenkassen? Auch die kleinen Zweigklassen können nicht dauernd gut arbeiten; sie müssen schließlich zugrunde gehen; sie können nicht die Verpflichtungen, die sie durch das Statut übernommen haben, erfüllen. Deshalb halten wir es allerdings für wichtig, daß mit dieser Neuordnung nach Möglichkeit die kleineren Klassen beseitigt werden, soweit sie nicht lebensfähig sind, daß man die Klassen zusammenlegt zu größeren Knappschaftsvereinen, um sie so auch möglichst leistungsfähig zu gestalten.

Wenn aber der zweite Uebelstand, die starken Unterschiede in der Beitragsleistung und den Unterstützungsfähigen beim den Personen wirklich gemildert werden soll, was uns sehr wünschenswert erscheint, dann könnte es sich empfehlen, für die Gesamtheit der preussischen Knappschaftsvereine ein Musterstatut zu schaffen, welches ja immerhin noch einen gewissen Spielraum für die Wahrung der nicht ganz zu überwindlichen Verschiedenheiten lassen könnte, aber doch eine gewisse Einheitlichkeit und Ordnung in das System der Leistungen und Beiträge bringen müßte. So lange das nicht geschieht, so lange auch das Gesetz viel zu viel dem Statut überläßt und viel zu wenig rechtlich ordnet, so lange wird allerdings der große Nachteil, der aus der erheblichen Verschiedenheit der Beiträge und der Leistungen für die Mitglieder, namentlich beim Wechsel der Arbeitsstelle, beim Ausscheiden aus den Knappschaftsvereinen und beim Uebertritt in einen anderen Verein entspringt, bestehen bleiben. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Die Verschiedenheit der Löhne in den preussischen Bergrevieren rechtfertigt die großen Unterschiede in den Leistungen der Klassen und ihren Beiträgen nicht. Im Durchschnitt ist der Bergmann — so gibt es wenigstens die Tabelle in der Anlage II der Begründung an — nach 24jähriger Arbeit bergfertig. Nach der Neuordnung soll dann nach 24jähriger Aktivität in den ober-schlesischen Knappschaftsvereinen die monatliche Invalidenrente in den vier Klassen 16,80 bis 27,20 M. betragen. Dieselben Sätze würden für den Knappschaftsverein des Fürstentums Bielefeld Geltung kommen. Im nieder-schlesischen Knappschaftsverein, der nur zwei Klassen hat, würde die Invalidenrente 20,10 bzw. 28,10 M. betragen. Im Oberbergamtsbezirk Halle würde in den verschiedenen Revieren und Sohlklassen die monatliche Invalidenrente zwischen 6,40 und 78 M. differieren. (Hört, hört! bei den Freisinnigen.) Im Oberbergamtsbezirk Clausthal läme eine Differenz von 9,50 bis 71 M. in Betracht. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund und partiert die Invalidenrente zwischen 5,80 und 68 M. im Monat. Im Oberbergamtsbezirk Bonn läme eine Differenz von 2,92 bis 53 M. monatlicher Invalidenrente in Betracht. (Hört, hört! bei den Freisinnigen.) Auch dann, wenn die gleichen Sohlklassen in Vergleich gestellt werden, ergibt sich, wie ich schon bemerkte, vielfach eine ganz unerhörte Differenz. Es wird Aufgabe der Kommission sein, einen Weg zu finden, der einen besseren Ausgleich herbeiführt, als ihn der Entwurf ermöglichen kann.

Von größter Wichtigkeit ist die im Entwurf vorgesehene Verbesserung, daß den aus einem Knappschaftsverein in einen anderen übergehenden Mitgliedern die erworbenen Rechte erhalten bleiben. Besonders

auf diesem Punkte hat mein verstorbener Freund, der frühere Abgeordnete Dr. Max Hirsch, wiederholt und mit Nachdruck hingewiesen, insbesondere infolge der vielen Klagen, die hierüber aus Oberschlesien an ihn kamen.

Bedenklich aber erscheint auch uns — Herr Kollege Brack hat schon auf diesen Punkt aufmerksam gemacht — die Vorschrift, daß die Aufnahme in den neuen Knappschaftsverein von dem Gesundheitszustand abhängig gemacht werden soll. Hierüber und auch über die Lebensalterfrage im § 172c, die hier schon berührt ist, wird in der Kommission noch zu sprechen sein.

Arbeiterinnen sollen durch die Satzung von der Mitgliedschaft in der Knappschaft ausgeschlossen werden können. Ich glaube, meine Herren, man wird in der Kommission sich doch zu fragen haben, ob man das tun kann. So lange Arbeiterinnen im deutschen Bergbau beschäftigt werden — natürlich über der Erde —, so lange muß man sie natürlich auch in bezug auf die Kasseneinrichtungen u. s. w. für gleichberechtigt mit den Männern halten. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Es ist meines Dafürhaltens ja rein unmöglich, daß Sie eine Arbeiterin jahrelang auf dem Bergwerke arbeiten lassen und daß dann, wenn sie sich nicht auf verheirateten können und schließlich arbeitsunfähig wird, keiner für sie sorgt, sondern den Gemeindevorwaltungen, die in den Industriebezirken ohnehin mit Armenlasten stark überhäuft sind, die Fürsorge für die arbeitsunfähige gemordene Arbeiterin zugemutet wird! Ob man das tun kann, muß sehr ernstlich erwo-gen werden.

In § 172a ist die alte Bestimmung aufrechterhalten, daß die In-validenunterstützung u. s. w. nicht gezahlt wird, wenn die Arbeitsunfähigkeit oder der Tod durch „eigenes großes Verschulden“ verursacht ist. Auch hierauf ist schon aufmerksam gemacht worden. Nun möchte ich aber auf die Tatsache hinweisen, daß gegenüber dem alten Gesetz das neue Gesetz eine sehr erhebliche Verschärfung in der Hinsicht erfahren hat. In dem alten Gesetz trifft die Entziehung der Rente nur den Berg-arbeiter, das Mitglied selbst, das durch „grobes Verschulden“ die Arbeits-unfähigkeit oder den Tod selbst herbeigeführt hat; in dem neuen Ge-setz ist diese Bestimmung nicht als ein Teil des Paragraphen in der Reihenfolge aufgeführt, sondern den vorgeschriebenen Leistungen vorausgestellt, was also zu bedeuten hat, daß namentlich das Mitglied, das seine Arbeitsunfähigkeit oder seinen Tod durch „eigenes großes Ver-schulden“ herbeigeführt hat, seine Witwe und seine Waisen un-versehrt zurücklassen muß. (Hört, hört! bei den Freisinnigen.) Das ist ja eine furchtbare Härte! Es ist schon schlimm genug in dem alten Gesetz; wieso man aber diese erhebliche Verschärfung hier eingeführt hat, das hat uns, meinen Freunden und mir, also wir darüber sprachen, in der Tat nicht einleuchten wollen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Es kommt auch hinzu, daß weder in der Unfall- noch in der Unfall-versicherung — sonst hat sich das Gesetz doch vielfach auf diese Reichs-gesetze beziehen müssen — von dem „eigenen großen Verschulden“ die Rede ist. Besonders aufmerksam machen möchte ich aber noch darauf, daß die Ent-scheidungen über Existenz eines Arbeiters oder seiner Familie in der Frage der Selbstverschuldung einem Schiedsgericht überlassen bleibt, daß es gegen den Schiedspruch kein ordentliches Gerichtsverfahren gibt, daß bei aller Objektivität Irrtümer möglich sind. Sofern die Irr-tümer nur formaler Natur sind, kann man ja wie beim Invaliden-versicherungs-gesetz die Revision an das Ober-schiedsgericht machen, nicht, wie beim Unfallversicherungsgesetz, den Rekurs einlegen. Herr Kollege Dr. Wagner hat das von seinem Standpunkt aus als besonders günstig betrachtet. Ja, ich muß sagen: das Schiedsgericht, so günstig es auch zusammengesetzt sein mag, wenn auch die tüchtigsten Männer darin zusammenkommen sind, sollte doch in einer so wichtigen Frage nicht en-gültig entscheiden. Es wäre am besten, dies „grobe Verschulden“ einfach aus dem Gesetz wieder zu entfernen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Zum Schluß noch ein weiteres Wort über die Zusammensetzung der Schiedsgerichte. Der gleiche Anteil von Werkbesitzern und Arbeitnehmern in der Vertretung ist selbstverständlich zu billigen; das entspricht durchaus unseren Anschauungen von der sozialen Gerechtigkeit, und wir sehen darin auch immer ein sehr wohlgelegnetes Mittel, Differenzen auszugleichen. Der Herr Minister soll aber die Vorliegenden in dieses Schiedsgericht berufen. Das ist von hier aus, Herr Minister, eine ziemlich schwierige Arbeit; denn so genau kann man von Berlin aus die Verhältnisse in Westfalen, Ober-schlesien u. s. w. nicht beurteilen, da muß man sich auf gute Rat schläge verlassen. Wer die guten Rat schläge gibt, weiß man nicht, der Herr Minister würde auch nicht sagen, darum möchte ich von vornherein den Grund-satz aufgestellt wissen, daß zu Vor-sitzenden eines solchen Schieds-gerichts weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer noch Vertreter eines Arbeitgebers oder eines Arbeitnehmers berufen werden. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Die Personen, die Vor-sitzende eines solchen Schiedsgerichts sind, müssen voll-kommen frei und un-ab-hängig sein, um objektiv sein zu können. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Nun liegt aber doch die Sache so, daß wir in einzelnen Teilen unserer Bergreviere private und staatliche Berg-werke haben. Die staatlichen Bergwerksbeamten können von dem Herrn Minister vielleicht auch als „öffentliche“ Beamte angesehen werden. Ge-schicht das, dann würde ein Vertreter der Staatsbergwerke in dem Schiedsgericht sein, und ich möchte sehr bezweifeln, ob ein solcher Vor-sitzender bei den Ar-beitervertretern oder manchmal auch gar bei den Arbeitgebervertretern volles Vertrauen finden wird. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Es muß also eine absolut objektiv urteilende Persönlichkeit hierfür in Betracht kommen; zum Erfolg des Schiedsgerichts wird das gerade das Entscheidende be-tragen.

Meine Freunde — das möchte ich zum Schluß sagen — und ich wünschen von ganzem Herzen, daß es der Kommission gelingen möge — auch wir erklären uns für eine Kommission von 21 Mitgliedern —, das Gesetz möglichst vollkommen zu gestalten, damit sich hier das Wort bewahrheitet: Was lange währt, wird gut! (Bravo! bei den Freisinnigen.)

wurde ich nicht den Mut haben dazu zu schreiben, wenn nicht beide Kritik sich, wie gesagt, entgegenstünden, so ist da ja doch noch Platz für andere Meinungen.

Wenn man der Sache auf den Grund gehen will, so kommt man nach meinem Dafürhalten dazu, daß die Ausbreitungsverbände, jeder für sich, die Unterstützung des Zentralrats (1000 Mk. für je 4000 Mitglieder, kleinere dementsprechend weniger) haben möchten, vergißt aber die Berechnung so zu machen: Der Zentralrat bekommt pro Mitglied und Jahr von den Vereinen 24 Pfg., müßte aber, wenn alle Mitglieder den Ausbreitungsverbänden angehören würden, 25 Pfg. an diese abführen, also noch jährlich 1 Pfg. pro Mitglied zulegen, was bei 180 000 Mitgliedern 180 000 Mk. ausmachen würde, die der Verband als solcher aus seiner Kasse zuzulegen hätte. Nun sind aber doch die Verbandsbeamten zu besolden, denn vom Bunde können sie ja doch nicht leben; die vom Verbande betriebene Agitation ist zu bezahlen, andere Unterstützungen gar nicht zu rechnen. Durch dies alles würde das Vermögen des Verbandes bald verschwunden sein und der nächste Verbandstag in Kiel hätte dafür zu sorgen, daß die Beiträge verdoppelt würden, was wieder den Vereinen gegen den Strich gehen und sie bald dem Verbande entfremden würde.

Der Zentralrat hat meines Wissens, wo es not tat, noch niemals seine Hilfe verweigert, aber alles aus den Fingern gehen und nach Schema F verfahren kann er nicht. Die Ausbreitungsverbände haben, wie ja schon ihr Name besagt, für die Ausbreitung der Gewerkschaften und deren Ideen zu wirken und wenn sie mit ihren Mitteln nicht auskommen, so wird der Zentralrat ihr Bestes um Unterstützung nicht zurückweisen, wenn sie tatsächlich für die Agitation etwas leisten. — Besitzt freilich die ganze Agitation darin, nur die Vereine zum Anschluß zu bringen um die Unterstützung, und zwar sowohl als möglich, zu erhalten, aber die Ausbreitung der Gewerkschaften und ihrer Ideen durch Gründung neuer Ortsvereine der verschiedensten Berufs wird unterlassen, so hat der Zentralrat vollständig recht, die Unterstützung zu verweigern.

Wir wollen mal so rechnen, wie es wohl auch der Verbandstag in Hannover wollte: Ein Ausbreitungsverband von 4000 Mitgliedern erhebt einen Beitrag von 20 Pfg. pro Mitglied und Jahr, macht 800 Mk., sind diese zu nutzbringender Agitation verwendet worden und es bleibt aber im Bezirk noch viel zu tun, so kann der Zentralrat bis zur Höhe von 1000 Mk. bewilligen, aber nicht er muß es bewilligen.

Nachdem die Agitation intensiver zur Ausbreitung der Gewerkschaften mit den regulären Mitteln betrieben worden ist und dieselben aufgezehrt sind, wird es der Zentralrat wohl von sich weisen, durch Verfassung der Unterstützung die Agitation lahm zu legen.

Wenn ich nun meinen, den „Brandenburgisch-Kaufler Ausbreitungsverband“, in Betracht ziehe, so hat er wohl seit seinem Bestehen noch nicht viel geleistet oder gewirkt. Die erste Zeit, als der Vorort in Cottbus war, frant er an Mangel der Mitglieder und wollten ihn darum die Cottbuser Kollegen auflösen, weshalb der Vorort noch fort verlegt wurde, aber auch da herrschte dieselbe Krankheit, bis der Verbandstag in Hannover den besten Beschluß fasste. Nun entfaltete sich eine rege Agitation zum Anschluß der Vereine, wegen der Unterstützung, andere Resultate aber gleich Null. Jetzt befindet sich der Vorort in Spremberg und haben die dortigen Kollegen ja noch seine Zeit und Gelegenheit gehabt sich zu betätigen, aber nach den Auslassungen im „Korrespondenzblatt“ sehen sie die Sache auch als verloren an.

Nach dem „Regulator“ sind es nun gerade die tüchtigsten und brauchbarsten Kräfte, die sich in den Dienst der Ausbreitungsverbände mit stellen und sollte deshalb der Zentralrat mehr Entgegenkommen zeigen; alles ganz gut und schön. Ich bin aber doch mehr der Meinung des „Korrespondenzblattes“, eine Zersplitterung der Kräfte in den verschiedenen Verbänden hindern zu halten, wenn die Ausbreitungsverbände verschwinden, lieber Bezirks- oder Lokalbeamte anzustellen, die verpflichtet sind für alle Verbandsvereine zu wirken, resp. die Beamten der einzelnen Gewerkschaften zu beauftragen die Interessen der anderen Berufs mit zu vertreten, wofür dann auch die betreffenden Vereine einen Beitrag zu den Kosten zu leisten hätten, gleichwie jetzt zum Ausbreitungsverband, dann die Unterstützung des Zentralrats in größeren Maßstäben, aber auch die Generalräte der einzelnen Gewerkschaften müßten mit unterstützen. Ich glaube, dies würde eher zur Stärkung der Gewerkschaften beitragen, als der jetzige Zwiespalt, und die bewährten Kollegen in den Ausbreitungsverbänden würden wohl mit dieser Lösung der Frage auch einverstanden sein im Interesse der Sache, der wir ja alle dienen wollen.

Der nächste Verbandstag in Kiel wird ja nicht umhin können, zu dieser Frage, wie sie jetzt liegt, eine klare und präzise Stellung einzunehmen und schließe ich mit dem Wunsch, daß es zu unserer aller Zufriedenheit geschehen möge.

§ Landberg a. M. Am Sonntag, 21. Januar, hielt der Ortsverband im Saalbau, Mühlentorstr. nachmittags 4 Uhr, seine vierteljährliche Mitgliederversammlung ab, welche von über 80 Personen besucht war. In derselben hielt der Kassierer Wolf einen Vortrag über das Schulunterhaltungsgefeß. Dazu wurde folgende Resolution gefaßt: „Die am heutigen Sonntag vom obigen Ortsverbande einberufene Versammlung erkennt die Regelung der Schulunterhaltungspflicht mit Dank an. Sie erwartet jedoch, daß dabei die Selbstverwaltung der Gemeinden nicht beeinträchtigt, sondern erweitert wird. Auch jetzt man voraus, daß der Simultan-Schule im Interesse der Schule und der professionellen Erziehung mindestens die Gleichberechtigung mit der professionellen Schule eingeräumt und gesetzlich festgelegt wird. Desgleichen hält man es für notwendig, daß das Gesetz auf breiter liberaler Basis aufgebaut wird.“ Der Vorsitzende G. K. u. v. sprach über Tabak u. Bierssteuer, wozu nachfolgende Resolution angenommen wurde: „Der Verband erhebt Protest gegen die Absichten der Reichsregierung betr. Erhöhung der Verbrauchssteuern und Zölle auf Tabak u. s. w. Was an Steuerplanen bezüglich des Tabaks u. s. w. beachtenswert ist, ist geeignet, größte Beunruhigung in der etwa 200 000 Köpfe zählenden Arbeiterklasse dieser Industrie hervorzurufen. Die ohnehin bedeutende Fehlmaterie dieser Branche würde eine noch größere Ausdehnung finden, da die Unternehmer durch Erparnis an Eöhnen und Betriebsanrichtungen ausgleichend verfahren würden, was ihrer Industrie an neuen Kosten aufzuerlegen wird. Schon heute gehören die Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen zu der schlechtesten bezahltesten Arbeiterklasse Deutschlands. Wir erheben ferner

mit gleicher Entschiedenheit Protest gegen jede Vertenerung der Lebensmittel für die arbeitende Bevölkerung durch Zölle. Dem armen Mann darf namentlich der geringe Genuß des Tabaks nicht noch weiter erschwert werden. In dieser unruhigen Zeit halten wir es für eine ganz besondere Pflicht der Reichsregierung, jedweden neuen Bündelstoff zur Erregung der Massen zu vermeiden.“ Th. Kilian, Schriftführer.

§ Leobschütz. Am 13. Januar beging der Ortsverband im großen Weberbauerschen Saale das 7. Stiftungsfest der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Der Agitationsleiter E. H. v. v. hielt die Festrede. Das Fest selbst verlief zur vollen Zufriedenheit der Teilnehmer und wird auch eine schöne Erinnerung bleiben.

Eduard Schindl, Schriftführer.
§ Karlsruhe. Am 15. Januar fand im Kolosseum eine vom Verein der Deutschen Kaufleute einberufene Versammlung statt, an welcher auch zahlreiche Verbandsmitglieder aus den anderen Ortsvereinen teilnahmen. Den Vortrag hielt Herr Matthies vom Verein der Deutschen Kaufleute in Nürnberg, um den Nachweis zu führen, daß der in Karlsruhe erreichte Kautschuk-Ladenschluss im wesentlichen den von den Gewerkschaften unterstützten Bemühungen des Vereins der Deutschen Kaufleute zu danken ist. Die in größerer Zahl erschienenen „Deutschnationalen“ Handlungsgesellschaften hatten den sonderbaren Einfall bekommen, den Kautschuk-Ladenschluss als von ihnen erreicht hinzustellen. Das Auftreten dieser antisemitischen Herren in der Versammlung spottet aller Beschreibung. Als sie aber erkennen mußten, daß man sachliche Gründe nicht durch rasenden Redebau ersen kann, zogen sie von dannen. Der Vorsitzende G. v. v. behaupte diesen Vorgang, der wieder von neuem gezeigt habe, wie die sogenannten „Deutschnationalen“ in Karlsruhe vergebend und verheerend unter den Handlungsgesellschaften wirken.

Folgende Resolution wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen: „Die heute am 15. d. Mts. vom Verein der Deutschen Kaufleute einberufene im „Kolosseum“ tagende von Angehörigen des Handels und der Industrie fast bejauhte öffentliche Versammlung erklärt: Die vom Verein der Deutschen Kaufleute aufgestellte Behauptung, daß ihm der Kautschuk-Ladenschluss zu verdanken sei, entspricht der Wahrheit. Die sehr stark vertretene Gegner haben es nicht vermocht auch nur eine einzige Silbe der anerkanntigen Darstellung der Kautschuk-Ladenschluss-Bewegung zu entkräften, geschweige denn zu widerlegen. Gegen das Beharren der Antisemiten in dieser Versammlung, die nur sachlicher Erörterung nur ihre verheerende Agitation betrieben und die Ruhe der Versammlung in unanständiger Weise störten, legen die Versammelten energische Protest ein. Den sich in gewohnter über Weise vollziehenden Wegzug der Antisemiten vor dem Schlusswort des Referenten betrachten die Versammelten als Schmach.“

Hierauf schloß der Vorsitzende kurz vor 1 Uhr die Sitzung und konnte mit Freude konstatieren, daß eine größere Anzahl von Vereinen ihren Beitritt zum Verein erklärt hatten.

Verbands-Zeil.

Quittung über eingekaufte Beträge für die Verbands- und Organikasse pro November und Dezember 1905.

Bauhauwerker: Generalrat 377,20. Bergarbeiter: Generalrat 298,12. Bildhauer: Generalrat 109,72. Fabrik- und Handarbeiter: Generalrat 5000,00. Brandenburg 4,20. Graph. Berufe: Generalrat 874,28. Kaufleute: Generalrat 1339,96. Kreditoren: Generalrat 70,56. Maschinenbau- und Metallarbeiter: Generalrat 9150,00. Baugen 0,50. Berlin II 14,70. Berlin V 0,85. Gerswalde 0,85. Halle II 0,70. Hamburg II 1,05. Leipzig I 0,70. Lübeck 0,70. Schramberg 1,75. Schiffszimmerer: Generalrat 57,84. Schneider: Generalrat 494,80. Schuhmacher und Lederarbeiter: Generalrat 1430,80. Stahlarbeiter: Generalrat 1197,09. Tischler: Generalrat 994,16. Einbau 8,50. Löpfer: Generalrat 475,72. Deutsche Frauen: Generalrat 178,04. O.-C. der Brauer: 50,10. O.-B. der Kellerer: 15,80. O.-B. der Bergarbeiter: 10,00. Privat: Büch.-Berlin 1,05. Franz.-Gelsenkirchen 8,00. Marische u. Behrendt 1,00. Lenziger-Essen 6,00. Röhberg Leipzig 5,25. P. Polle-Berlin 3,00. G. Below-Stettin 3,50. Cöpen-Berlin 5,00. Eganer-Berlin 3,00. Hagen-Rölln 6,00. Eichler-Berlin 4,00. Verkaufte Bruden 6,20. Emma: M. 22 189,69. Inzerate: Ortsverband Hadam 8,20. G.-B. der Stahlarbeiter 3,80. Vereingete Ortsvereine der Maschinenbauer Berlins 9,60. Fabrikarbeiter Chemnitz 2,40. Petersdorff-Berlin 3,20. Ortsverband Hoff 2,80. Gaves-Halle 21,66. Berliner Rebjahrsverband 3,60. Bildhauer-Berlin 2,85. Frauen-Begräbniskasse 8,20. R. Hoff-Berlin 25,00. Emma: 86,31. Berlin, im Januar 1906. R. Klein, Verbandskassier.

Frauen-Begräbniskasse des Verbandes. Quittung über eingegangene Beiträge für den Monat Dezember 1905.

Fabrik- und Handarbeiter: Langendorf 1,54. Grambus 0,78. Klempner: Breiten 2,48. Porzellanarbeiter: Zimenau 0,78. Uebergehoben 1,00. Rapphütte 5,20. Frau Karnstädt 1,17. Schneider: Berlin I 22,94. Schuhmacher: Zeig 4,94. Frau Hesse 1,26. Stahlarbeiter: Hoff 19,46. Gabeln 13,26. Reischau 2,08. Emma: M. 75,84. Berlin, den 20. Januar 1906. R. Klein, Hauptkassier.

• An alle Ortsvereine und Verbände des Regierungsbezirks Magdeburg.

Im Grund des Beschlusses des Bezirkstages in Rempla vom 26 März hat die hiesige, am 10. Januar abgehaltene Vertreterversammlung beschlossen, den diesjährigen Bezirkstag für den Regierungsbezirk Magdeburg am 25. März dieses Jahres, Vormittags 10 Uhr, im Verbandslokal „Prinz von Preußen“ abzuhalten.

Nähere Einladung mit Tagesordnung wird in Kürze allen Ortsvereinen und Vereinen zugehen. G. Seibi, Vorsitzender. Wilhelm Schorf, Schriftführer.

Nach dem amtlichen Stenogramm hat von Poddiecki darauf das folgende gesagt:

Der Herr Abgeordnete bemängelte ferner meine sogenannte Prophezeiung, daß die Not in vier oder fünf Wochen vorüber sein werde. Ja, glauben denn die Herren, daß man in einer Schlacht einen Erfolg, einen Sieg erringen kann, wenn man Besimist ist? Wenn ich der Truppe sage: vorn sind alle toteschlagen, ihr sollt jetzt vor und die Sache wieder gut machen! — dann betomme ich die Truppe schwer vorwärts; wenn ich aber der Truppe sage: Kinder kommt, vorn ist Erfolg, ihr sollt daran teilnehmen! — dann geht es ganz anders vorwärts. Sie meinen nun, meine Herren, daß ich in der Zeit, wo ich wirklich die Frage der Fleischversorgung nicht etwa leicht anemommen habe, hätte vor das Land treten und sagen sollen: es wird noch Monate mit der Fleischnot dauern. Meine Herren, welcher Sturm würde sich da erhoben haben, welche Bormärze würden einem Landwirtschaftsminister gemacht worden sein, der so schwarz in die Zukunft sieht und nichts tun kann! Ich mußte also eine Hoffnung aussprechen, ich durfte nicht als Besimist erscheinen. Mit pessimistischen Auffassungen löst man wirtschaftliche Fragen nicht; man muß hoffen, die Schwierigkeiten zu überwinden, man muß guten Willen sein und tun, was man irgend kann.

Entgegen den Tatsachen und auch entgegen seiner Ueberzeugung hat der Minister also damals wohlüberlegt etwas gesagt, was er selbst für un: w a h r hielt. Das ist ein starkes Stück!

Deutschlands Warenausfuhr im Jahre 1905 repräsentierte einen Wert von 5693 Millionen Mark, d. i. 337 Millionen mehr als im Jahre 1904. Der Wert der Einfuhr betrug 7084 Millionen Mark und zwar 182 Millionen Mark mehr als im vorigen Jahre. Daß Deutschland mehr Warenwerte einführt als ausführt, ist zurückzuführen darauf, daß viele Rohstoffe für die deutsche Fabrikation aus dem Auslande bezogen werden müssen.

In der ersten Morgensunde des 28. Januar starb plötzlich infolge eines Schlaganfalls der Mitbegründer des Gewerksvereins der Zigarren- und Tabakarbeiter, Zentralratsvertreter

Carl Bertermann.

Der Verstorbene erreichte ein Alter von 62 Jahren. Als der Aufruf zur Begründung der Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1868 an die deutschen Arbeiter erging, war Bertermann einer unter den ersten, die sich den Gewerksvereinen anschlossen. In seinem Berliner Ortsverein bekleidete er seit 27 Jahren das Amt des Kassierers. Auch war er auswärtiges Generalratsmitglied. Der so plötzlich aus seiner Tätigkeit gerissene treue Freund war unserer Sache von ganzem Herzen zugetan. Mit uns trauern an seinem Sarge seine Witwe, ein Sohn und zwei Töchter.

Wir werden sein Andenken zu allen Zeiten in Ehren halten!

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1905.

Ortsverband Halle a. S.
Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden erledigt in 6 Versammlungen, davon waren zwei öffentlich. Außerdem wurde eine Gewerksvereinsversammlung mit darauffolgender Verbandsversammlung abgehalten. Ausschub, Vertreter, Agitationskommissionen, Vergnügungs- u. s. w. Sitzungen wurden 17 abgehalten. Außerordentliche Sitzungen wurden durch die am 27. November stattgefundene Gewerksvereinswahl und über die Frage der Beteiligung an der Stadtverordnetenwahl nötig. Zum Ortsverband gehören 28 Ortsvereine. Der Ortsverein der Tischler, welcher schon früher einmal dem Ortsverband angehörte, hat sich mit dem 1. Januar wieder dem Ortsverband angeschlossen, außerdem ist der neugegründete D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter in Langenhagen dem Verbandsangehörig. In den stattgefundenen Versammlungen wurden Vorträge gehalten von König-Welkenfels über den Schutzmachtstreik, von Franke über die Organisation der Frauen und Mädchen, von Klabon-Berlin über Gewerksvereinswahlen, von Franz Schulze-Galle über Gewerksvereins- und Stadtverordnetenwahlen. Die Versammlungen erfreuten sich meist eines guten Besuchs. In Agitations-, Bildungs- und Unterhaltungsabenden fanden zwei Unterhaltungsabende, ein Sommerfest und eine gemeinsame Besichtigung des Zoologischen Gartens statt. Aus dem Ueberschuß dieser Veranstaltungen wurden die Kosten zur Wandertafel und sonstigen außerordentlichen Unterhaltungen bestritten. Sehr viel Arbeit mußte, wie schon erwähnt, auf die Gewerksvereinswahl verwendet werden. Wenn wir nun auch nicht nach dem von uns beantragten Proportional-System wählen konnten, und darum viele Kollegen gebadet haben, darum nicht zu wählen, so können wir trotzdem mit dem ersten Erfolg zufrieden sein, und mit Zuversicht den wiederkehrenden Wahlen entgegensehen. Durch Gründung des Mitteldeutschen Ausbreitungsverbandes ist es gelungen, eine täglich erscheinende Gewerksvereins-Zeitung zu schaffen. Wenn das Blatt auch erst im Entstehen ist, und manches noch zu wünschen übrig läßt, so ist es doch Pflicht eines jeden Kollegen, auf die Zeitung zu abonnieren, denn nur dadurch, daß die materiellen, wie auch petunären Verhältnisse sich erweitern, wird es möglich sein, einen jeden zufrieden zu stellen. Der zu Anfang des Jahres gewählte Vorsitzende, Kollege Spröde, legte sein Amt nieder, und wurde Kollege Wagner gewählt. Erwähnt sei noch, daß regelmäßig in jedem Monat einmal ein Diskutierabend stattfindet. Die Einrichtung hat sich als gut bewährt, nur müssen die Kollegen, die in einem so kleinen Kreise zusammen kommen, persönliche Nebenheiten unterlassen, da derartige

Zwistigkeiten der guten Sache nur schaden und dadurch bei den Kollegen das Interesse schwindet. Hoffen wir nun, daß durch Erweitern unserer Zeitung und regere Beteiligung an den Versammlungen und Wahlen unsere Mitgliederzahl sich vergrößert. Darum auf, Kollegen, eunig weiter gearbeitet, damit das Jahr 1906 uns ganz befriedigen kann.
F. Stranzky, Verbandschriftführer.

Ortsverband Hleguip.
Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 7 Vertreteritzungen, 8 Mitgliederversammlungen und 1 kombinierten Ausschubitzung. Größere öffentliche Versammlungen wurden 4 abgehalten. Am 26. Januar in Verbindung mit den Gewerksvereinen über die Stellungnahme zum Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet. Referent: Redakteur, Albert Breslau. Am 24. März: Die Aufgaben der Gewerksvereine in der heutigen Arbeiterbewegung. Referent: Verbandsredakteur Goldschmidt-Berlin. Am 7. September: Protieversammlung gegen die Fleischnot, über Grenzsperrung und Fleischnot: Wer trägt die Schuld, wer die Kosten. Referent: Verbandssekretär Neustedt-Berlin. Am 28. November über Deutschlands Uebergang zum Industriestaat. Referent: Reichstagsabgeordneter Justizrat Pohl-Gleiwitz. Die Versammlungen waren gut besucht und es ernteten sämtliche Redner für ihre trefflichen Ausführungen großen Beifall. Weitere Vorträge fanden statt: Am 12. Februar: Berichterstaltung des Gewerksvereinsleiters Kollegen Herz. Am 30. April: Bericht der Kollegen Seibt und Herz über die Versammlungen der Bezirksräte in Neuß, an der Oder und Saarau am 26. März. Am 30. April von Kollegen Liebermann und dem Breiten Deutscher Kaufleute über: Eine Reise nach Amerika und die in 2 1/2 Jahren dabeist gesammelten Erfahrungen. Am 5. November vom Kollegen Seibt über: Die Grundzüge der Gewerksvereine im Vergleich mit der heutigen Arbeiterbewegung. Auch diese Vorträge waren gut besucht und fanden vielen Anklang. In Anbetracht der vielen Arbeiterkämpfe und großen Aussperrungen hat auch der diesjährige Ortsverband gesucht, allen Anforderungen betreffs der Unterhaltungen des Wohlgeistes gerecht zu werden, so daß wir namhafte Beiträge zeichnen konnten. Am 26. Juni ist uns leider durch den schmerzlichen Verlust unseres Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch eine schwere Wunde zugefügt worden. Wir haben es uns nicht nehmen lassen, unsere Verbandskasse mit einem Vertreter zur Beerdigung zu entsenden.
Neben unserm gubehachten Verbandsitzungsstest fand eine würdige Schülerfeier sowie mehrere Künstler-Unterhaltungsabende statt, wovon einer zum Besten der streikenden Bergarbeiter im Ruhrgebiet veranstaltet war. Durch das freundliche Entgegenkommen des Herrn Industrie-Direktors Winter war es uns möglich, einen namhaften Betrag für die Bergarbeiter auszubringen.
Da der D.-B. der Klempner mit dem der Maschinenbauer verschmolzen wurde, so zählte der Ortsverband am Schluß des Jahres 19 Ortsvereine mit ca. 800 Mitgliedern.
B. Schorff, Schriftführer.

Ortsverband Reiffe-Neuland.
Unser Ortsverband, der mit 4 Ortsvereinen eine Mitgliederzahl von 200 aufweist, regelte in 4 Ausschubitzungen, einer kombinierten und 4 Verbands-Versammlungen seine Geschäfte, welche alle im Verbandslokal (Schlesischer Hof) tagten. Am 28. März ist ein D.-B. der Tischler ins Leben gerufen worden, welcher sich ganz tüchtig zu entwickeln verspricht. Auch hat man eine Lohnabfragefrage aufgestellt, daß der übliche Wochenlohn anstatt 50 n a b e n d, schon Freitagabend zur Auszahlung kommt, um den Arbeitern auf den Samstag stattfindenden Wochenmärkten eine billige Einkaufsmöglichkeit zu verschaffen. Dieses Vorhaben glückte mit gutem Erfolg. Was Vergnügungen anbetrifft, so wäre zu erwähnen ein Walausflug nach Davidshöh, der zahlreich besucht war und die Kollegen in bester Stimmung hielt. Ferner fand statt ein Sommerfest im Restaurant und Garten der Neuländer Dampftraueret, was ebenfalls gut abließ. Dann zuletzt ein Herbstfranzosen, was selber mißglückte, da sich debanerlicherweise daran kaum 20 unserer Genossen beteiligten. Zu bemerken ist noch, daß die letzten drei Verbandsversammlungen mit Damen und Gästen abgehalten worden sind, wie wohl auch in Zukunft so weiter bleiben wird. Dem Verbandsangehörigen ist, wie teils oben schon erwähnt, der D.-B. der Tischler, ausgeschlossen der D.-B. der Klempner. Der D.-B. der Klempner hat sich durch die Verschmelzung fast aufgelöst, da nur ein Teil zu den Maschinenbauern übergetreten ist. Wir hoffen in ganz kurzer Zeit einen D.-B. der Frauen aufzubläh zu sehen. Mögen alle arbeitenden Frauen und Mädchen die rechten Grundzüge und den guten Nutzen unserer Organisation verstehen lernen, um dieses Vorhaben zu einem großen Erfolge zu bringen. Denn gerade an unserm Orte gibt es Frauen und namentlich Mädchen, die für ganz geringe Löhne arbeiten müssen und da tut eine Abänderung dringend not. Darum frisch auf, hinein in den Frauen-Gewerksverein. Beschäftigt bedauert muß werden, daß unsere Mitglieder die Verbandsversammlungen so leicht besuchen. Nicht einmal die Ortsvereins-Ausschüsse sind vollständig vertreten. Wo wir durch das ganze Jahr nur viermal zusammenkommen, da könnte doch wirklich bei einem jeden der Kollegen das Interesse für unsere Verbandsangelegenheiten einmal aufwachen, und nicht, daß bei zirka 200 Mitgliedern durchs Jahr kaum 50 am Plage sind und die Uebrigen alle mit ihrer Abwesenheit glänzen. Drum ermahnt euch neuen Jahre mit frischem Mut und voller Energie für unsere Gewerksvereinsfrage, dann werden wir auch hier in Reiffe und Neuland trotz der vielen Gegner, die uns zu befehlen suchen, bald den uns unferer gesunden Grundzüge willen gebührenden Einfluß gewinnen können.
Ray Pietisch, Ortsverbandssekretär.

Gewerksvereins-Zeil.

§ Cottbus. Wenn ich zu einem Thema, welches für den Verband als solches jetzt sehr aktuell zu werden scheint, auch das Wort oder die Feder ergreife, so geschieht es deshalb, weil zu demselben Thema schon der Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter im Beiratsartikel des „Neulander“ Nr. 2 vom 12. d. Mtz., sowie der Gewerksvereine der Deutschen Stahl- (Eisen-)Arbeiter in seinem „Korrespondenzblatt“ Nr. 1 vom demselben Datum, und zwar jeder in einem anderen Sinne, sich geäußert haben. — Es betrifft nämlich die Ausbreitungsverbände resp. deren Abgrenzung und Unterstützung durch den Zentralrat. Dieses Thema ist ein sehr heikles und

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 - 10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften, NO., Greifswalderstr. 221/223. Gäste stets willkommen. — **Sängerkorps der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonabend, 3. Februar. Maschinenbau und Metallarbeiter V.** Ab. 8 Uhr, Kottbuscherstr. 4a. Versammlung. Protokoll. Vortrag des Gewerbeinspektors Herrn Dr. Fischer. Thema: „Die Bedeutung der händlichen Ausstellung für Arbeiterwohl in Charlottenburg für die Krankheits- und Unfallverhütung im Gewerbebetriebe“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Ab. 8 1/2 Uhr Versammlung im Verbandsbureau. Vortrag des Koll. Käse über: „Englische Arbeits- und Lohnverhältnisse“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Meyer, Keltowerstr. 3. Vortrag des Herrn Lehrer Raithe: „Zuckerrot und Weissche, eine Erziehungfrage“. Bericht d. h. Komb. Westfalenangelegen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XI.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Pade, Wädelstr. 28. L.-D. d. selbst. — **Stahlarbeiter.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Landsbergstr. 28. L.-D. d. selbst. 2. Rechnungslegung. 3. Generalversammlung der Konfirmandenliste. Nachdem Hilfsliste. — **Sonntag, den 4. Februar. Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Vorm. 9 Uhr Versammlung bei Wöhle, Reussstr. 22. Vortrag des Verbandsvorsitzenden W. Schumacher-Berlin, über: „Die Arbeitslosenversicherung eine staatliche oder Privatversicherung“. — **Montag, 5. Februar. Schuhmacher und Lederarbeiter (Jentzen).** Versammlung, Stralauerstr. 57. Ausgabe von Billets zum Koll.-Fest am 24. Februar in den Kesseln „Königsbad“, Or. Frankfurterstr. 76. — **Dienstag, 20. Februar. Kellner der Kofen-**

thaler und Schühauer Vorstadt. 2. Stiftungsfest in den „Brunnen-Eilen“, Brunnenstr. 15. Gäste willkommen.

Orts- und Bezirksverbände.

Stettin (Diskussionsklub der Deutschen Gewerkschaften für Stettin und Umgegend). Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr. Sitzung bei Brauer, Stettin, Vulkanstr. 22. (Gäste stets willkommen.) — **Norddeutscher Ausbreitungsverband (Stettin).** Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Jelle, Stettin, Reussstr. Nr. 2. Diskussionsabend. Gäste stets willkommen. — **Halle a. S. (Diskussionsklub d. Deutschen Gewerkschaften).** Sonnabend, 3. Februar, abds. 8 Uhr im neuen Vereinslokal „Zur Börsenhalle“ Diskussionsabend. Alle Gewerkschaftsmitglieder werden hiermit eingeladen. — **Duisburg (Ortsverband).** Sonntag, 4. Februar, vorm. 10 Uhr Vertreterversammlung bei Heller in Ruhrort am Markt. L.-D.: Wahl des Arbeiter-Sekretärs. — **Hagen (Ortsverband).** Sonntag, 4. Februar, nachm. 4 Uhr bei Herrn Dr. Prünig in Gilpe Ortsverbanderversammlung. L.-D.: 1. Jahresbericht. 2. Kasienbericht pro II. Halbjahr 1905. 3. Vortrag über Arbeitersekretariat u. a. — **Luedlburg u. Umgegend (Ortsverband).** Sonntag 4. Februar, nachm. 3 1/2 Uhr bei Schilling in Luedlburg. L.-D.: Protokoll. Kasienbericht. Tätigkeitsbericht. Vorstandswahl u. a. — **Merfeld (Ortsverband).** Sonntag, 4. Februar, abds. 8 Uhr Ortsverband-Berl. im „Casino“. L.-D.: Wahl eines Kassiers. Vortrag über Gewerbegerichts-wahl. — **Rommes-Reusenhorf (Ortsverband).** Donnerstag, 8. Februar, abds. 8 1/2 Uhr Sitzung des Ortsvereins-Diskussionsklubs des Ortsverbandes Rommes-Reusenhorf h. h. Regel, Einberufung. — **Spandau (Ortsverband).** Sonntag, 11. Februar, vorm. 9 Uhr in der „Palme“. Besprechung und Vortrag des Verbandssekretärs S. Reusheit über die Gewerkschaften unter der heutigen Arbeiterbewegung.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Vorlagen Sie kostenfrei
Prospekt über

Handwerker-Lebens-Versicherung.

Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein in Stuttgart auf Gegenseitigkeit.

Tüchtige Vertreter werden
allerorts angestellt.

Heimarbeit-Ausstellung.

In Gemeinschaft mit dem „Verein für Sozialpolitik“ veranstalten die Gewerkschaften, Hirsch-Dunkerischen und Christlichen Gewerkschaften in der alten Kunst-Akademie, Unter den Linden 26, von Mitte Januar bis Ende Februar eine

Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit.

Für alle Gewerkschafter, wie überhaupt für die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, ist der Eintritt kostenfrei! Alle übrigen Besucher bezahlen ein Eintrittsgeld von 25 Pfennig. Die Ausstellung ist von 10 morgens bis 9 Uhr abends, auch Sonntags, geöffnet.

Wir fordern unsere Verbandsangehörigen und Genossen von Berlin und Umgegend auf, die Ausstellung zu besuchen und gründlich zu studieren. Für den Eintritt legitimiert das Mitgliedsbuch.

Das Bureau des Zentralrats.

Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften.

Mittwoch, 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale unseres Verbandsbureaus, Greifswalderstr. 221/223, III. Volkswirtschaftlicher Abend.

Vortrag des Herrn Professor Dr. Sommerfeld über **Beruf und Tuberkulose**

mit Demonstrationen an Hand einer Ausstellung von natürlichen Lungen verschiedener Berufsarbeiter. Es wird an ihnen der Nachweis geführt, daß die Erkrankung der Lungen auf die betreffende Berufstätigkeit zurückzuführen ist. Unsere Verbandsangehörigen und Genossen von Berlin und Umgegend werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Das Bureau des Zentralrats.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.

Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/223.

Verbandsangehörigen!

Allen nach Berlin kommenden Verbandsangehörigen empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logierzimmer zur gefälligen Benutzung bei mäßigen Preisen. Meldungen bis Abends 10 Uhr beim Hauswart Schöner, Quergebäude.

Das Bureau des Zentralrats.

Verantwortl. Redakteur: Karl Goldschmidt, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/223. — Druck u. Verlag: Gleditsch & Gallitzel, Berlin W., Potsdamerstr. 110.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1905

auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsbibliotheken

3,50, sonst 6 Mark.

N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Verbandsbureau:

Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/223.

Ordentliches nur an Verbandsbureau

R. Klein,

Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/223.

Patentbureau

Paul Hayes, Ingenieur
Halle a. S.

Patentanmeldung einschl. Prüfungsgebühr M. 65. Gebrauchsmusteranmeldung einschl. 8 jähriger Gebühr M. 80. Verwertung guter Schutzrechte wird mit Erfolg durchgeführt.

Medizinalverband Berlin und Vorort.

General-Versammlung am Sonntag, 18. Februar 1906, vormittags 10 Uhr, Greifswalderstr. 221/223.

Tages-Ordnung:

I. Kasien- und Revisionsbericht pro IV. Quartal 1905. II. Jahresbericht pro 1905. III. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. IV. Antrag des Vorstandes betreffend Abänderung der §§ 2 u. 11 der Kasien- und Geschäfts-Ordnung. V. Geschäftliches.

Der Vorstand.

S. H. Körner, Schriftführer, N.O. 55, Bülowstr. 28.

Kaubau (Ortsverband). Durchreisende Genossen erhalten Unterstützung und gibt Herbergsarten aus August Knobloch, Kauban, Kuehne Raumburgerstr. 11.

Hannover (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Herbergsarten gratis bei Carl Hebel, Gerhartstr. 11V.

ausägerei

Rechtschreiberei, Holzdruckerei, Lithographie, Buchdruckerei, etc. etc. J. Krenkel, Maschke 85 Pfalz. über 2000 Abbildg. 40 Fig. in Briefen, etc. — **ausägerei** — per qm von 1 Mark an.

Gesucht wird für eine tariffreie Zeitungsdruckerei in einer wirtschaftlichen Provinzstadt bei gutem Lohn ein jung. tücht. Maschinenmeister; dergleichen können einige Linotypen u. Hochdruckmaschinen erhalten. Gewerkschafter bevorzugt. Schriftliche Meldungen erbeten unter 4056 an die Expedition des „Gewerkschafters“.